

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



GLOBALE ENTWICKLUNG

SPEKTRUM

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

1 | Februar 2010

Globale Entwicklung

Für globale ökologische und soziale Mindeststandards	4
Handlungsrichtlinien zur Beseitigung absoluter Armut	6
Von Nachhaltigkeit und anderen schönen Worten	7
Freier Handel zwischen ungleichen Partnern	12
Arbeiten in den Sonderwirtschaftszonen Asiens	17
Ain't no society beyond?	22

Spektrum

Arbeitsfähigkeit erhalten - Invalidität verhindern	27
Nur Rechte verhindern Unrecht	27
Lebensraum Stadt ist wieder gefragt	28
Unterstützung junger MigrantInnen bei der Jobsuche	32

Buchtipps	33
------------------	----

Veranstaltungen	35
------------------------	----

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wohlstand für alle – und das im globalen Maßstab: Dies ist wohl das eigentliche Versprechen, das hinter der vielfach propagierten Ideologie des Freihandels steht, in deren Zeichen in den letzten Jahrzehnten Zollschränken und sonstige Handelshemmnisse sukzessive abgebaut wurden. Für die KonsumentInnen in den Industriestaaten hat dieses Vorgehen durchaus Vorteile, denn die dadurch ermöglichte Produktion im Rahmen globaler Wertschöpfungsketten bringt für sie Güter und Dienstleistungen in größerer Variation aus allen Weltregionen zu niedrigeren Preisen hervor. Doch man ist in der Regel nicht bloß KonsumentIn, sondern auch ProduzentIn bzw. Berufstätige/r – und aus diesem Blickwinkel sieht die Bilanz des bisherigen Globalisierungsprozesses schon weniger positiv aus: Denn der Freihandel führt im Allgemeinen zu einer Verschärfung des Wettbewerbs, der nicht zuletzt über die Kostenseite und damit auch über die Intensivierung der Produktion sowie über Outsourcing und den Abbau von Arbeitsplätzen in den Industriestaaten ausgetragen wird. (vgl. Mahnkopf B., Arbeit und Globalisierung, www.goethe.de)

Im Sinne der Freihandelstheorie wäre das noch kein Problem, denn durch Produktionsverlagerungen profitieren die so genannten Dritte-Welt- und Schwellenländer, in denen dadurch Arbeitsplätze entstehen, man könnte insofern sogar von einem globalen Ausgleich sprechen. Doch wie sind diese Arbeitsplätze beschaffen? Die Schilderungen etwa aus China geben darüber eine deutliche Auskunft: In der Sonderwirt-

schaftszone Shenzhen z.B. hat der Normalarbeitstag zwölf Stunden, Überstunden werden selten ausbezahlt, eine Kranken- und Unfallversicherung fehlt in der Regel. Das Arbeitsrecht gilt vielfach nur auf dem Papier. Und während man für ansiedlungswillige Unternehmen die bürokratischen Vorgänge möglichst vereinfacht, werden die WanderarbeiterInnen, die jede Menge Bewilligungen brauchen, von der staatlichen Bürokratie schikaniert. Diese unterliegen somit – so die deutsche Soziologin Christa Wichterich – einer "doppelten Despotie ... durch staatliche Regulierung und ausbeuterischer Lohnarbeit". (vgl. Beitrag, S. 17)

Wie lässt sich die Situation ändern? Ein Vorschlag wäre, die Wirtschaftsbeziehungen mit Regierungen einzuschränken, die grundlegende Menschenrechte verletzen und im eigenen Land die Armutsreduktion vernachlässigen. (vgl. Beitrag, S. 6) Ein anderer Vorschlag kommt vom deutschen Rechtsexperten Felix Ekardt, der dafür eintritt, im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) internationale Sozialstandards zu etablieren, die über die Minimalforderungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hinausgehen. (vgl. Beitrag, S. 4) Ein derartiger rechtlicher Rahmen würde Ekardt zufolge einerseits zur Armutsbekämpfung in den so genannten Entwicklungsländern beitragen und andererseits den westlichen Sozialstaat vor einem "Kostenwettbewerb durch Sozialabbau" schützen. Beides gute Gründe, um diesen Ansatz weiterzuverfolgen, meint

*Ihre
Kontraste-Redaktion*

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Grundlegende Richtung: Als Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik berichten die KONTRASTE über aktuelle sozialpolitische Entwicklungen sowie über relevante sozialwissenschaftliche Erkenntnisse, sowohl in Österreich als auch international. Zudem dienen die KONTRASTE als Kommunikationsplattform für an Sozialpolitik Interessierte.

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: der Verein "Sozialwissenschaftliche Vereinigung", mit Unterstützung der Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik.

Die Sozialwissenschaftliche Vereinigung hat ihren Sitz in Linz (Adresse: Altenbergerstr. 69, 4040 Linz). Zweck des Vereines ist die Förderung der Sozialwissenschaft-

ten. Dazu gehören die Veranstaltung von Tagungen und Symposien, das Verlegen und Verbreiten von Druckschriften, die praxisrelevante Vermittlung von sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen, die Förderung der Zusammenarbeit von TheoretikerInnen und PraktikerInnen sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Der Verein ist unabhängig und parteipolitisch nicht gebunden. Er arbeitet auf gemeinnütziger Basis.

Vereinsvorstand: Dr. Christine Stelzer-Orthofer (Vorsitzende), Univ.Prof. Dr. Johann Bacher (Vorsitzender-Stellv.), Univ.Prof. Dr. Josef Weidenholzer (Vorsitzender-Stellv.), Irene Auinger (Kassierin), Dr. Johanna Klammer (Kassierin-Stellv.), Mag. Angela Wegscheider (Schriftführerin), Manfred Lipp (Schriftführer-Stellv.).

Für globale ökologische und soziale Mindeststandards

Der deutsche Rechtsexperte Felix Ekardt tritt dafür ein, die Etablierung internationaler Sozialnormen im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO mit globalem Klimaschutz zu verknüpfen.

Nur ein kleiner Teil der Erträge des Welthandels kommt ArbeitnehmerInnen in Entwicklungsländern zugute. Gleichzeitig bedroht der globale Kostenwettbewerb die Sozialsysteme in entwickelten Ländern. Beiden Seiten würde es nützen, wenn im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) internationale Sozialstandards etabliert würden. Diese sollten nach Möglichkeit über die Minimalanforderungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hinausgehen, ihre Entwicklung könnte mit der Etablierung eines weltweiten Emissionshandels verknüpft werden. Zu diesem Ergebnis kommt der Jurist Felix Ekardt von der Universität Rostock in einer von der deutschen Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie.¹

Mängel der traditionellen Freihandelstheorie

Unbeschränkte Handelsfreiheit führt laut ökonomischen Standardlehrbüchern zu maximalem Wohlstand. Regulierung würde demnach die Effizienz der Weltwirtschaft beeinträchtigen. Allerdings blendet diese Theorie wichtige Punkte aus, so Ekardt. Beispielsweise übersieht sie die ungleiche Einkommensverteilung: Von der angeblichen ökonomischen Effizienz profitierten nur wenige. Die gesamte Wirtschaftsleistung würde Ekardt zufolge sogar noch wachsen, wenn ein Teil des von den so genannten

Entwicklungsländern im Export verdienten Geldes genutzt werden würde, um die soziale Sicherheit der Arbeitenden zu verbessern. Denn das dürfte sich positiv auf ihre Motivation und Bildungsanstrengungen auswirken. Auch Umweltprobleme und die psychischen Folgen eines unbegrenzten "weltweiten Wettstreits um immer längere Arbeitszeiten und immer mehr Leistungsdruck" kämen in der traditionellen Freihandelstheorie nicht vor, betont Ekardt.

Gegen Kostenwettbewerb durch Sozialabbau

Der Experte für internationales Recht tritt dafür ein, globale ökologische und soziale Mindeststandards im Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO) zu verankern. Ein solcher rechtlicher Rahmen würde einerseits zu Armutsbekämpfung und Umweltschutz in den Entwicklungsländern beitragen und andererseits den westlichen Sozialstaat schützen – vor einem internationalen "Kostenwettbewerb durch Sozialabbau". Die WTO könnte – zum Teil nach dem Vorbild der EU – zu einem gemeinsamen Markt mit einheitlichen Mindestanforderungen an die Sozialpolitik werden.

Das Welthandelsrecht sei "verglichen mit sonstigem Völkerrecht eine relativ zielgenaue und durchsetzungsstarke Ordnung", betont der Jurist. Daher sei es als Rechtsrahmen besser geeignet als beispielsweise der Normenkatalog der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Die neuen Standards selbst sollten nach Möglichkeit über die ILO-Normen hinausgehen. Um einen internationalen Prozess der Normendiskussion anzustoßen, könnten die EU-Staaten in einem ersten Schritt versuchen, sich auf Sozialversicherungsstandards und gegebenenfalls Mindestlohnbestimmungen zu einigen, so der Experte.

Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in einer globalisierten Welt

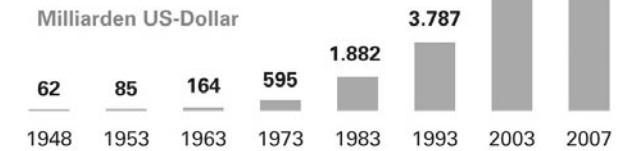
Die westlichen Gesellschaften pflegen ein Wohlstandsmodell, welches weder globalisierbar noch dauerhaft durchzuhalten ist. Es muss zusammenbrechen, sobald es sich zum Beispiel auch in Ländern wie Indien und China etabliert. Ohne eine neue, in das Prinzip Nachhaltigkeit mündende Lehre von der gerechten Grundordnung, ohne ein neues Freiheitskonzept und ohne mehr Generationengerechtigkeit und Gerechtigkeit zwischen den Völkern dieser Erde können wir nicht länger

sagen, dass unser Zusammenleben gerecht ist, so der Bremer Rechtsexperte Felix Ekardt. In dem Band liefert er eine Fülle von Argumenten, die umreißen, was man zu Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in einer globalisierten Welt sagen kann und muss.

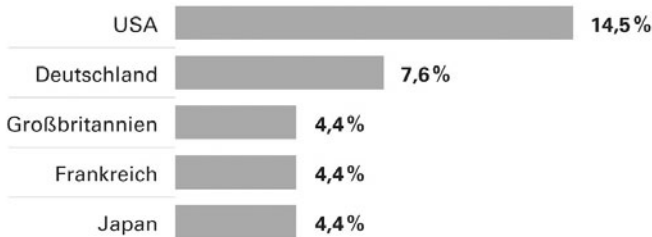
*Felix Ekardt: Das Prinzip Nachhaltigkeit
Generationengerechtigkeit und globale Gerechtigkeit
238 Seiten, C.H.Beck Verlag 2005
EUR 12,90 (D)*

Ein Drittel geht in den Westen

Weltweit importiert wurden Waren im Wert von...



Von diesen Waren flossen 2007 nach...



Quelle: WTO 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Die Entwicklung von Sozialnormen im Rahmen der WTO sei zwar kompliziert, nach Ekarnds Analyse ist sie trotzdem anderen denkbaren Ansätzen überlegen, die der Jurist ebenfalls untersucht hat. Beispielsweise könnten die europäischen Länder Sozial- oder Umweltzölle auf Produkte erheben, die unter problematischen Bedingungen entstanden sind. Die Erlöse könnten Schwellen- und Entwicklungsländern erhalten, damit diese sie in Öko- und Sozialprogramme investieren. Ein solches Verfahren würde jedoch zu großen Schwierigkeiten bei der Berechnung der "richtigen" Zolltarife und zu praktisch unlösbaren internationalen Verteilungskonflikten führen, warnt der Wissenschaftler.

Einfache Importverbote seien ebenfalls kaum umzusetzen. Auch alle Hoffnung auf uneigennützig, perfekt informierte VerbraucherInnen zu setzen, hält Ekarnd für unrealistisch. Ihnen dürfte es kaum gelingen, Unternehmen allein durch Konsumententscheidungen zu sozialer und ökologischer Verantwortung zu zwingen.

Verknüpfung von Sozial- und Umweltpolitik

Um es so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern leichter zu machen, sich auf internationale Sozialstandards zu verpflichten, entwickelte der Wissenschaftler einen Vorschlag, der Sozial- und Um-

weltpolitik verknüpft: Ein stark ausgedehnter weltweiter und europäischer Emissionshandel würde die Industrieländer dazu zwingen, ärmeren Ländern Emissionsrechte abzukufen. Damit bekämen sie Geld in die Hand, um gezielt Armut zu bekämpfen. Gleichzeitig würden in den reichen Staaten die Anreize gestärkt, Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren, und es könnte sogar die Sozialpolitik hierzulande gestärkt werden. "So könnte dieser globale sozialökologische Gesamtansatz zum Musterbeispiel eines Kompromisses zwischen Gegenwart und Zukunft, zwischen Norden und Süden werden", schreibt Ekarnd. Der Forscher betont, dass seine Vorschläge keinesfalls utopisch seien, denn angesichts der Finanzkrise und anstehender Verhandlungen über einen neuen internationalen Klimaschutzvertrag stehe "eine stärkere Einrahmung des globalen Marktes ohnehin auf der Agenda der Politik".

Quellen: Studie zu Ungleichheit, Globalisierung und Welthandel, Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung, 04.05.2009. Sozialstandards helfen Nord und Süd, Böckler Impuls 07/2009

Anmerkung

- 1 Felix Ekarnd u.a.: Globalisierung und soziale Ungleichheit, Arbeitspapier 170 der Hans-Böckler-Stiftung, 2009. Download möglich unter: www.boeckler.de/pdf/p_arbp_170.pdf

Webtipp: EU und globale Entwicklung

Die neue Webseite der EU-Kommission für Entwicklungszusammenarbeit <Capacity4dev.eu> bietet eine Plattform für die gesamte Entwicklungszusammenarbeit, ist ein Portal für viele Online-Foren von ExpertInnen und Interessierten und enthält jede Menge Informationsmaterial zum Thema.

www.capacity4dev.eu

Handlungsrichtlinien zur Beseitigung absoluter Armut

Das nachstehend wiedergegebene "Erfurter Manifest" wurde von einer internationalen Expertengruppe im Rahmen eines wissenschaftlichen Kolloquiums der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) erarbeitet. Das Kolloquium zum Thema "Absolute Armut und Globale Gerechtigkeit", an dem ÖkonomInnen, JuristInnen, MoralphilosophInnen, EntwicklungsexpertInnen, PolitikwissenschaftlerInnen und TheologInnen teilnahmen, wurde im Juli des Vorjahres an der Universität Erfurt abgehalten.

Der Inhalt des Manifests konzentriert sich auf absolute Armut und globale Ungleichheit – auf deren Ausmaß, Ursachen, absehbare Trends und moralische Bewertung sowie letztlich auf gezielte Strategien und strukturelle Reformen zu ihrer Beseitigung. Trotz verbleibender Differenzen konnten die WissenschaftlerInnen hinsichtlich folgender Kernaussagen und praktischer Handlungsempfehlungen Übereinstimmung erzielen:

Fakten

„Die Zahl der absolut Armen ist unakzeptabel hoch und beträgt mindestens eine Milliarde. Obwohl es in einigen Ländern große Fortschritte bei der Armutsverminderung gegeben hat, wurde in vielen Entwicklungsländern keine signifikante Senkung der Armut erzielt.“ Ein schnellerer Fortschritt in der Bekämpfung absoluter Armut wäre durch eine Reduktion nationaler und globaler Ungleichheiten möglich, die mit wirtschaftlichen Zugewinnen für arme Länder und Haushalte einherginge.

Moralische Verantwortung

Zu den Ursachen der Armut in Entwicklungsländern zählt man historische Faktoren wie Kolonialismus und Sklaverei, ungenügende Kapitalausstattung, funktionsuntüchtige soziale Institutionen, schlecht durchdachte oder korrupte nationale Politik und darüber hinaus strukturelle Mängel in der internationalen Ordnung, die absolute Armut aufrecht erhalten und Maßnahmen zur Armutsbeseitigung oft unterlaufen. Insbesondere mache es die internationale Ordnung den ärmsten Völkern zu schwer, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren. Durch Handel, der Vergabe von Krediten und Investitionsbeziehungen unterstütze sie

zudem häufig korrupte oder autoritäre Regimes, welche die Armut im eigenen Land nähren beziehungsweise die Armutsbekämpfung vernachlässigen.

Die wohlhabenden Staaten trügen zur absoluten Armut auch durch den von ihnen verursachten Klimawandel bei, dessen Folgelasten den armen Ländern und Menschen besonders zusetzen.

Ausgehend von unterschiedlichen moralischen Standpunkten kam man zur gemeinsamen Schlussfolgerung, dass sowohl die internationalen Organisationen wie auch die BürgerInnen, Unternehmen und Regierungen der wohlhabenden Länder eine moralische Verantwortung haben, absolute Armut zu reduzieren. Konkret vertritt man folgende sozioethische Forderungen:

- Das Menschenrecht auf einen angemessenen Lebensstandard darf nicht verletzt werden.
- Die Menschenrechte der Armen sind zu schützen und zu verwirklichen.
- Die menschliche Würde, die durch absolute Armut verletzt wird, muss respektiert und befördert werden.
- Die Legitimität internationaler Institutionen muss durch die Beseitigung absoluter Armut gesichert werden.
- Bei der Gestaltung sozialer Institutionen und politischer Maßnahmen sind die bislang zu wenig beachteten Interessen armer Menschen und zukünftiger Generationen viel stärker zu berücksichtigen.

Taten

Weil es von höchster moralischer Wichtigkeit sei und nur bescheidener Anstrengungen und Mittel bedürfe, müsse dem Ziel der Überwindung absoluter Armut viel höhere Priorität eingeräumt werden – sowohl von internationalen Organisationen als auch von den Regierungen, Unternehmen und BürgerInnen der wohlhabenden Länder. Diese Akteure sollten dem Manifest zufolge folgende Initiativen vorantreiben:

- Das globale Handelssystem müsse so reformiert werden, dass es den Bedürfnissen und Interessen armer Länder und armer Produzenten besser entspricht. Solche Reformen sollten insbesondere den Gütern und Dienstleistungen der armen Länder besseren Zugang zu den Märkten (auch Agrarmärkten) der reichen Länder verschaffen. Auch ein bevorzugter Handelszugang für arme Hersteller ist, wenigstens vorübergehend, in Erwägung zu ziehen.

- Wohlhabende Länder müssten mehr tun für die Bereitstellung und Zugänglichkeit globaler öffentlicher Güter, wie etwa lebenswichtiger Medikamente. Armen dürfe nicht der Zugang zu solchen Arzneimitteln durch hohe Monopolpreise verwehrt werden. Außerdem sollte das aktuelle Patentrecht, das im TRIPS-Abkommen der WTO niedergelegt ist, durch zusätzliche Mechanismen ergänzt werden – wie etwa durch Abnahmegarantien und die Einrichtung eines Health Impact Fund –, welche die Entwicklung und kostengünstige Verteilung neuer Medikamente begünstigen, mit denen besonders die bei Armen weitverbreiteten Infektionskrankheiten bekämpft wurden.
- Wohlhabende Länder sollten Wirtschaftsbeziehungen mit Regierungen einschränken, die grundlegende Menschenrechte verletzen und im eigenen Land die wirtschaftliche Entwicklung und Armutsreduktion vernachlässigen. Diesen Regierungen sollte man keine Rohstoffe abkaufen und ihnen weder Waffen verkaufen noch Darlehen gewähren.
- Da sie den Löwenanteil an Treibhausgasen produziert haben, trügen die reiche Länder eine schwer-

wiegende Verantwortung, Emissionen einzuschränken und den Klimawandel zu verlangsamen, sodass arme Länder sich dem Klimawandel anpassen können, ohne das Problem absoluter Armut weiter zu verschärfen.

- Die wohlhabenden Länder müssten endlich ihr jahrzehntealtes Versprechen halten und ihre Entwicklungshilfe auf das von der UN vorgegebene Maß (0,7% des Bruttoinlandsprodukts) und auf die mittelfristigen Zielvereinbarungen innerhalb der Europäischen Union erhöhen. Außerdem werde ein viel zu großer Teil der Entwicklungshilfe zur Unterstützung heimischer Exportfirmen und strategisch wichtiger Machthaber verwendet. Ein sehr viel höherer Anteil der Gelder müsste für die ärmsten Länder und die Minderung absoluter Armut eingesetzt werden.

Quelle: Jens Panse: Erfurter Manifest / Abschlusserklärung des internationalen Workshops über „Absolute Armut und Globale Gerechtigkeit“. Pressemitteilung der Universität Erfurt, 31.07.2008

Von Nachhaltigkeit und anderen schönen Worten

Die Situation der Bergarbeiter in Mexiko im Kontext globaler Wirtschaftstendenzen

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ gehört mittlerweile zum Grundrepertoire in Politik- und Wirtschaftsdiskursen und hat sich somit auch als Modewort in einem breiten gesellschaftlichen Umfeld etabliert. Als ein Kernkonzept der Agenda 21, welche auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 verabschiedet wurde, startete es somit seine Karriere als zentrales Schlagwort des beginnenden 21. Jahrhunderts. Im besagten Aktionsprogramm wird unter anderem auch die ökologische und ethische Verantwortung transnationaler Unternehmen betont, so heißt es in Abschnitt 30.26: *„Die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen soll ein aus der Sicht der Gesundheit, der Sicherheit und des Umweltschutzes verantwortungsvolles und ethisch*

vertretbares Produkt- und Verfahrensmanagement gewährleisten. Zu diesem Zweck soll die Privatwirtschaft unter Zuhilfenahme geeigneter Kodizes, Statuten und Initiativen, die in alle Elemente der Unternehmensplanung und Entscheidungsfindung integriert sind, die Eigenkontrolle verstärken und einen offenen Umgang und Dialog mit den Beschäftigten und der Öffentlichkeit fördern.“ (URL1)

Die Intention dieses Programms ist durchaus positiv. Wie aber präsentieren die Unternehmen dieses neue Profil und welchen Nutzen ziehen die Arbeiter tatsächlich daraus? Der folgende Artikel untersucht das Beispiel der mexikanischen Bergbauunternehmen und die Situation der Arbeiter dort.

Nachhaltigkeitsberichte und globaler Wettbewerb

Grupo México ist das führende Bergbauunternehmen Mexikos und der drittgrößte Kupferproduzent weltweit mit einem Nettogewinn von 1,1 Milliarden Dollar im Jahr 2008. Neben zahlreichen Minen und Verarbeitungsanlagen in Mexiko besitzt es auch das

nationale Eisenbahnsystem in Mexiko und Eisenbahnlinien in den USA sowie Bergwerke in Peru (URL2).

Seit 2006 bringt es jährlich einen Nachhaltigkeitsbericht heraus, indem die verbesserte Situation der Mineros, der Bergarbeiterdörfer und der Umwelt herausgestrichen wird. Das Cover des Berichts aus 2008 zeigt eine Kugel mit Bildern von lachenden Kinderge-sichtern, Arbeitern und Tieren, wobei diese schützend von zwei Händen umhüllt wird. Im Text wird ausführlich die Investition in Sozialprogramme, wie der Aufbau von Arbeitersiedlungen, Schulen und Gesundheitszentren, betont und dieser wird von Fotos von keck nebeneinander aufgereihten Schulmädchen und Kindern, die Bäume pflanzen, umrahmt. In einem anderen Abschnitt erzählt uns der Arbeiter Eduardo Fernández, dass er seit 21 Jahren für das Unternehmen tätig ist und dieses ihm den Aufstieg vom einfachen Kontrolleur über die Vorgänge am Hochofen zum Leiter derselben Kontrollabteilung ermöglicht hat (URL3).

Grupo México publiziert diesen Bericht wegen des Sarbans Oxly Act, der von allen Unternehmen, die – wie dieses – Aktien an der New Yorker Börse handeln, Transparenz und die Einhaltung ethischer Richtlinien fordert, um das Vertrauen der Anleger zu gewinnen. Es wird vor allem die Offenlegung der genauen Finanzdaten verlangt, deren Überprüfung und Kontrolle

wird aber über ein betriebsinternes System geleitet. Die ethischen Richtlinien bezüglich Menschenrechte und Umweltschutz sind nur in zweiter Linie wichtig, dienen aber einem Imagegewinn. Grupo México gilt aufgrund des Berichts als ein verantwortungsbewusstes Unternehmen mit ethisch vertretbaren Prinzipien. Theoretisch wäre es somit, würden die Aktien in Österreich gehandelt werden, ein Anwärter für einen so genannten „Ethik-Fonds“, welcher in heimischen Banken angepriesen wird. Wie ethisch ist das Unternehmen aber tatsächlich?

Der Bergbau hat in ganz Lateinamerika eine sehr lange Tradition, nicht zuletzt waren es auch die Mythen um „El Dorado“ und das „Aztekengold“, welche die Kolonialisierung entschieden vorangetrieben haben. Seit dieser Zeit hat sich freilich viel verändert, aber der Bergbau hat nie seine strategische Position in der Wirtschaft eingebüßt. Heute sind es zwar keine Königshäuser mehr, die sich um das Gold streiten, sondern große internationale Konzerne, die im Wettkampf um die Konzessionen stehen und durch Fusionierung und Übernahmen ihr „Imperium“ ausbauen. Wie ertragreich dieses Geschäft ist, bezeugt ein Blick auf die Top Ten–Liste der reichsten Leute Mexikos. Auf Platz 1 rangiert laut dem Magazin Forbes im Jahr 2008 Carlos Slim mit einem geschätzten Privatvermögen von 60 Milliarden Dollar (international rangiert er damit auf Platz 2), ihm folgen Alberto Baill-



Der mexikanische Bergbauort Cananea. Foto: Christine Esterbauer

res (international auf Platz 85), unter anderem Inhaber des Bergbau-, Verhüttungs- und Chemiekonzerns Peñoles mit 9,8 Milliarden Dollar, und auf Platz 3 (international auf Platz 127) Germán Larrea, Inhaber von Grupo México mit 7,3 Milliarden Dollar (URL4). Alle drei haben wesentlich von der Privatisierungswelle staatlicher Unternehmen der 1980er und 90er Jahre profitiert.

Die Wirtschaftskrise hat aber auch diese Unternehmen erfasst, allerdings nicht essentiell. Laut den Jahresberichten von 2008 von Peñoles (URL5) und Grupo México (URL6) sind zwar die Verkäufe der Rohstoffe, welche für die Automobilproduktion benötigt werden, zurückgegangen, die der Edelmetalle jedoch gestiegen. Um die Investoren gleichzeitig zu beruhigen und auf die stabile finanzielle Lage hinzuweisen, schreibt Grupo México im selben Nachhaltigkeitsbericht, der die soziale Verantwortung des Unternehmens betont, wortwörtlich darüber: *„Despite the economic crisis and an increase in the cost of material this past year, we have a solid financial structure that is capable of facing the negative cycle the mining industry is currently experiencing (as we have in the past). We have implemented a strategy of low costs, which has characterized SCC [Southern Copper Corporation]’ as one of the mining companies with the lowest cost in market“* (URL3).²

Die Kostenreduktion, ein anderer Euphemismus, ebnet den Weg zu der Frage, wie die Situation der Arbeiter tatsächlich aussieht und wie die Nachhaltigkeit aus deren Perspektive zu beurteilen ist.

Die Situation der Arbeiter

„Kostenreduktion“ ist ein äußerst weiter Begriff, ein Bestandteil dieses Konzepts ist die „Flexibilisierung“ der Arbeitsverhältnisse. Die tatsächlichen Implikationen dieses Terminus sind uns mittlerweile aber durchaus geläufig.

Im Fall der mexikanischen Bergarbeiter geht es vor allem darum, deren Kollektivverträge aufzukündigen. Traditionellerweise ist diese Gewerkschaft sehr stark, nicht zuletzt trug auch der Protest der Mineros 1906 in Cananea wesentlich zum Entstehen der Mexikanischen Revolution bei, auf die sich der heutige Nationalstaat noch immer stützt. Über die Zeit wurde deren nationale Vertretung, welche in ein autoritär-korporatistisches System eingegliedert ist, politisch mundtot gemacht und durch Marionetten ersetzt, jedoch blieb den Arbeitern lange Zeit ein relativ guter ökonomischer Status erhalten. Mit der Privatisierung des Bergbausektors wurden diese Privilegien allmählich zurückgenommen und werden seit dem Regie-

rungswechsel im Jahr 2000 von der 71 Jahre lang herrschenden PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution) zur konservativen PAN (Partei der Nationalen Aktion) offen bekämpft.

Ein äußerst markantes Beispiel der letzten Jahre ist die Sektion 298 in Nacozari de García im nördlichen Bundesstaat Sonora. Diese Gruppierung trat in Streik, da ihr Arbeitgeber Mexicana de Cobre, Teilunternehmen von Grupo México, deren Kollektivvertrag nicht anpassen wollte, wozu er alle zwei Jahre gesetzlich verpflichtet ist. Gleichzeitig wurde die lokale Sektion von der nationalen Führung, die ein paar Tage zuvor von der Regierung ausgewechselt wurde, nicht unterstützt. Somit erklärte das zuständige Arbeitsgericht den Streik für illegal und das Unternehmen konnte alle 1.200 Arbeiter kündigen, um kurze Zeit später 300 von ihnen unter einem viel schlechteren Vertrag, der auf 29 Tage begrenzt war und einen Arbeitstag von 12 Stunden beinhaltete, wieder einzustellen (Esterbauer 2008).

Eine andere Strategie ist die Gründung von so genannten Weißen bzw. Gelben Gewerkschaften, also einer betriebseigenen Arbeitervertretung, welche meist aus unerfahrenen und bestochenen Mineros besteht, die arbeitgeberfreundliche Maßnahmen legal absegnen. Dabei wird gerne der Diskurs über die „Demokratisierung“ der autoritären Gewerkschaft ausgenutzt, um die Abspaltung zu rechtfertigen, womit aber nicht nur die Arbeiterinteressen diskreditiert werden, sondern auch die tatsächlichen Bemühungen zu einem internen Wandel.

Die „Kostenreduktion“ beinhaltet ebenfalls Einsparungen bei den Sicherheitsstandards, wobei gerade der Bergbau als äußerst gefährliche Tätigkeit gilt. So reihte das mexikanische Arbeitsministerium 2004 in einer Auflistung der risikoreichsten Berufe diese Arbeit an erste Stelle (CEREAL 2007: 19). Oft werden die Mineros nicht einmal in den essentiellen Sicherheitsfragen aufgeklärt, besonders, wenn sie so genannte „Leiharbeiter“ sind, wobei diese Gruppe mit der allmählichen Auflösung der Gewerkschaften extrem im Steigen begriffen ist. Ebenso fehlt meist die entsprechende Sicherheitsausrüstung. Im Stollen selbst sind veraltete Maschinen, nicht adäquate Ventilatoren oder Holzstützbalken im Einsatz, wobei Stahlträger gesetzlich vorgeschrieben sind (ENPL 2008). Gleichzeitig sind die Arbeiter, welche über Subunternehmen angestellt sind, nicht einmal krankenversichert und bekommen einen deutlich niedrigeren Lohn, der im Jahr 2006 zwischen 8 und 16 Pesos pro Stunde betrug (URL7).³



Kupfermine in Cananea. Foto: Christine Esterbauer

Grubenunglücke sind daher keine Seltenheit, sondern eher ein strukturelles Problem. Jedes Jahr vermelden nationale Zeitungen mehrere tödliche Unfälle unter Tage. Das schwerste der letzten Jahre ereignete sich im Februar 2006, bei dem 65 Arbeiter im Kohlebergwerk Pasta de Conchos von Industrial Minera México, einem Teilunternehmen von Grupo México, ums Leben kamen. Die Tragik dahinter ist, dass diese Arbeiter den zu hohen Methangasgehalt im Stollen bemerkten und sich ursprünglich geweigert hatten weiterzuarbeiten. Da die meisten aber über Leasingfirmen angestellt waren, zeigte die Drohung des Arbeitgebers, sie im Falle eines Streikes zu entlassen, Wirkung. Aber auch von staatlicher Stelle wird die Arbeitnehmerseite nicht berücksichtigt, sondern mit dem Unternehmen kollaboriert. So wurde zwei Wochen vor dem Unglück die Mine inspiziert und als problemlos eingestuft (CEREAL 2007). Die Angehörigen warten bis heute auf ein gerechtes Urteil, eine angemessene Entschädigung und die Bergung der Toten.

Im Februar 2008 brachte das Equipo Nacional de Pastoral Laboral, das sich mit diesem Fall beschäftigt und den Familien juristischen Beistand leistet, einen Bericht über die tatsächlichen Bedingungen im Bergwerk heraus. Diese Informationen stützen sich auf selbständig angelegte Bohrungen und beweisen die unzumutbare Arbeitssituation. Als Reaktion darauf wurden auf die Menschenrechtsvertreterin der Organisation, Cristina Auerbach, ein Mordanschlag und mehrere Einschüchterungsversuche verübt (Rodríguez 2009: 13).

Angesichts dieser Tatsachen ist der Streik oft die letzte Möglichkeit für die Arbeitnehmer, aber auch dieses Recht ist seit den letzten beiden Regierungsperioden offen unter Beschuss gekommen und es liegen mehrere Gesetzesvorschläge auf, um es einzuschränken oder ganz abzuschaffen. Bisher ist es noch nicht gelungen, diese Vorschläge im Parlament durchzubringen. Wie sehr der Regierung das Streikrecht ein Dorn im Auge ist, beweisen die staatlichen Interventionen bei „illegalen“ Streiks. Meist wird das besetzte Betriebsgelände durch Spezialeinheiten der Polizei gewaltsam geräumt oder es werden wichtige Vertreter der Arbeiterschaft eingeschüchtert, verschleppt oder inhaftiert.

Der derzeitige mexikanische Innenminister, Fernando Gómez Mont, ist das beste Beispiel für die Verkettung staatlicher und wirtschaftlicher Interessen, denn er war lange Zeit Anwalt von Grupo México. Die offiziellen Beschwerden über die verursachten Kosten des Streiks zielen auf die Diffamierung der Arbeiter ab, welche gemäß dieser Argumentation das Wohlergehen des gesamten Unternehmens gefährden würden. Somit ist auch die diskursive Basis für die Illegalisierung des Streiks geschaffen.

Bergarbeiterdörfer und Sozialprogramme

Ein weiterer Punkt, neben den Chancen für die Arbeiter, der in den Nachhaltigkeitsberichten hervorgehoben wird, ist die Investition in Sozialprogramme. Die Liste reicht von Schulen, Krankenhäusern, Kirchen bis zu ganzen Arbeitersiedlungen. Prinzipiell mutete

auch diese Bemühung positiv an, aber auch sie sollte im Kontext gesehen werden. Der Großteil dieser Programme konzentriert sich auf den Norden Mexikos, der vor allem aus Wüste besteht, weshalb dieses Gebiet auch äußerst dünn besiedelt ist. Der Aufbau einer gesamten Infrastruktur rund um das Bergwerk ist somit auch nötig, weil es in der Umgebung nur wenig potentielle Arbeitnehmer gibt bzw. diese mehrere Stunden pendeln müssten. Erst mit dem Aufbau dieser Infrastruktur sind genügend Anreize geschaffen, welche die Arbeiter aus den südlichen Bundesstaaten oder anderen zentralamerikanischen Ländern dazu bewegen können, in diese Enklave zu migrieren. Gleichzeitig führt diese Art von „company-town“ zu einem großen Machtungleichgewicht. 90 Prozent der lokalen Wirtschaft sind an das Unternehmen gebunden. Die Zurverfügungstellung der sozialen Einrichtungen wirkt sich in Streiksituationen verheerend aus, denn das Unternehmen nutzt sie als Druckmittel: Die Schulen werden geschlossen, ebenso die Krankenhäuser, und gekündigte Arbeiter müssen unverzüglich ihre Quartiere verlassen.

Beweggründe der Arbeiter

Angesichts dieser Tatsachen wirkt es verwunderlich, warum es dennoch Personen gibt, die unter diesen Bedingungen arbeiten wollen.

Die wirtschaftliche Lage lässt vielen, insbesondere ungelerten Arbeiter, keine andere Wahl, als schlecht bezahlte Jobs anzunehmen, vor allem wenn sie eine Familie zu ernähren haben. Gleichzeitig dient das Trugbild, welches die Unternehmen von sich vermitteln, nicht nur zur Beruhigung potentieller Investoren, sondern auch zur Anwerbung neuer Arbeitskräfte.

Politische Aktivitäten von Seiten der Arbeiter haben keinen Platz in dieser so schönen Scheinwelt, in der alle Bedürfnisse der Mineros angeblich befriedigt werden. Die tatsächliche Repression und die realen Arbeitsbedingungen machen sie aber zu modernen Sklaven. Der Glaube an politische Selbstbestimmung und an eigene Rechte wird „mit Nachhaltigkeit“ grundlegend zerstört.

Christine Esterbauer

Die Autorin studierte Politikwissenschaft sowie Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien. Im Zuge des Studiums hielt sie sich zu Forschungszwecken wiederholt in Mexiko Stadt und Sonora (Nacozari de García) auf. Im Rahmen eines Doktoratsstudiums der Politikwissenschaft an der Universität Wien absolviert Christine Esterbauer

derzeit den Lehrgang Maestría en Estudios Políticos y Sociales an der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM) in Mexiko Stadt. Daneben ist sie ehrenamtlich für die mexikanische Menschen- und Arbeitsrechts-NGO Centro de Reflexión y Acción Laboral (CEREAL) tätig.

Anmerkungen

- 1 Teilunternehmen von Grupo México
- 2 Sinngemäß: Trotz der Wirtschaftskrise und gestiegener Materialkosten im vergangenen Jahr haben wir eine solide finanzielle Basis, die es uns ermöglicht, dem negativen Zyklus, den die Bergbauindustrie gegenwärtig durchläuft, standzuhalten. Wir verfolgen eine Strategie der Kostenreduktion, mit dem Resultat, dass SCC eines der Bergbauunternehmen mit den niedrigsten Kosten im Wettbewerb darstellt.
- 3 Umgerechnet am Durchschnittskurs von 2006: zwischen 0,57 und 1,14 Euro

Bibliografie

- Centro de Reflexión y Acción Laboral (CEREAL) (2007): *A cien años de Cananea: El protagonismo minero bajo el acoso del Estado mexicano*. México D.F.
- Esterbauer, Christine (2008): *Die Bergarbeiter Mexikos. Kollektive Identität und Politische Kultur im Spannungsfeld zwischen Geschichte, Politik und Sozialer Bewegung*. (Dipl.arb.) Universität Wien
- Equipo Nacional de Pastoral Laboral (ENPL) (2008): *Por una cuerda de vida para los mineros del carbón y sus familias. Segundo informe Pasta de Conchos*. o.O.
- Rodríguez Rivera, Carlos (2009): *Mina 8, Unidad Pasta de Conchos: Cuestión de paradojas y contrastes*. México D.F.

Internet

- URL1: Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro: <http://www.agrar.de/agenda/agd21k00.htm> (21.09.2009)
- URL2: Grupo México: <http://www.gmexico.com/> (21.09.2009)
- URL3: Sustainable Development Report: <http://www.gmexico.com/Sustainable/en-sd00.asp> (21.09.2009)
- URL4: Ground Report: <http://www.groundreport.com/Business/Billionaires-in-Mexico/2857171> (22.09.2009)
- URL5: Reporte Annual Peñoles 2008 http://www.penoles.com.mx/penoles/images/inversionistas/introduccion/pdf/PEN_IA08_SPA.pdf (22.09.2009)
- URL6: Annual Report Grupo México 2008: <http://www.gmexico.com.mx/financiamiento/en-fi01.asp> (22.09.2009)
- URL7: CEREAL: Mina 8, Pasta de Conchos: Múltiples violaciones a los derechos humanos laborales: http://www.sjsocial.org/crt/articulos/758_auerbach.htm (19.09.2009)

Freier Handel zwischen ungleichen Partnern

Sigrid Lamberg beschreibt das Zustandekommen des Zentralamerikanischen Zentralamerikanischen Freihandelsabkommens CAFTA sowie dessen Auswirkungen auf den nicaraguanschen Agrarsektor.¹

Im Jahr 2004 unterzeichneten die VertreterInnen der fünf zentralamerikanischen Staaten Honduras, Guatemala, El Salvador, Costa Rica und Nicaragua sowie der Vereinigten Staaten von Amerika den Zentralamerikanischen Freihandelsvertrag (CAFTA²), welcher in den darauf folgenden Jahren von den einzelnen Ländern ratifiziert wurde. Der Verhandlungsbeginn datiert mit Jänner 2003 und bereits ein Jahr später wurde das Vertragswerk fertig gestellt. KritikerInnen des CAFTA schließen durch die schnelle Einigung auf das Resultat des Vertrages.³ Die Dominikanische Republik wurde erst im Jahr 2006 Teil der Freihandelszone und ratifizierte den Vertrag noch im selben Jahr. Das letzte Land, das unter heftigen innergesellschaftlichen Diskussionen schlussendlich mittels Volksabstimmung im November 2007 dem Beitritt zum CAFTA zustimmte, war Costa Rica. In Nicaragua wurden die BürgerInnen nicht befragt. Das nicaraguansche Parlament ratifizierte am 10. Oktober 2005 den Freihandelsvertrag, der am 1. April 2006 in Kraft trat.

Die Verhandlungen rund um das CAFTA waren durch heftige (gesellschafts-)politische Auseinandersetzungen und Diskussionen geprägt und standen mehr als einmal auf der Kippe. Konflikte zwischen den zentralamerikanischen Ländern führten zu Spannungen innerhalb der Verhandlungssituationen; weiters machten große Teile der Zivilgesellschaft gegen das Freihandelsabkommen mobil. Die USA versuchten die fünf Staaten dazu zu bewegen, als „Block“ in den Verhandlungen aufzutreten, wobei sich durch die unterschiedlichen wirtschaftlichen Strukturen der zentralamerikanischen Staaten zwangsläufig Schwierigkeiten ergaben. Der Alleingang Guatemalas in Fragen des zollfreien Zugangs von US-Exporten in den zentralamerikanischen Markt stellte beispielsweise eine solche Konfliktlinie dar: Guatemala bot den USA mehr als 90 Prozent zollfreien Zugang zu seinem Markt, während die anderen vier Staaten nur zu einem Eingeständnis von bis zu 75 Prozent bereit waren (vgl. Minkner-Bünjer 2004: 131).

Die USA setzten Guatemala gleich von Beginn an unter Druck. Die USA verlangten, dass das Land ein umfassendes Paket zum Kampf gegen den Drogenschmuggel und die Geldwäsche erarbeiten müsse. Falls diesen Forderungen nicht entsprochen würde, drohten die USA damit, Guatemala aus den Verhandlungen zum CAFTA auszuschließen. Dieser Punkt zeigt, dass neben den wirtschaftlichen Aspekten auch politische Dimensionen in den Verhandlungsprozess zum Freihandelsabkommen mit hineinspielten. Ein zusätzlicher Grund für die rasche Verhandlung des Vertrages war die anstehende Präsidentschaftswahl 2004 in den USA.⁴ Trotz der Tatsache, dass der Vertrag noch vor den veränderten politischen Realitäten in den USA ratifiziert wurde, fiel die Abstimmung äußerst knapp aus. Im US-amerikanischen Senat wurde das CAFTA mit nur 54 zu 45 Stimmen angenommen; im Repräsentantenhaus gar nur mit 217 zu 215 Stimmen (vgl. Huhn/Löding 2007: 3).

„Nach den ersten vier Runden kritisierten die Vertreter des Privatsektors⁵ und der Zivilgesellschaft, dass die Vertreter Zentralamerikas untereinander zu uneinig seien, um mit Erfolg gegenüber den Unterhändlern der USA auftreten zu können. Ferner bemängelten sie, dass sie zu reaktiv verhandeln und die Diskussion sehr kontroverser Punkte immer weiter „nach hinten“ verschieben würden. Zudem erschwere die mangelnde Repräsentativität der Verhandlungsgruppen den Dialog mit den Unternehmerverbänden, den Gewerkschaften und den Nichtregierungsorganisationen.“ (Minkner-Bünjer 2004: 132)

In Honduras machte die Kirche gegen den Freihandelsvertrag mobil, allen voran das dortige Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche, Erzbischof Oscar Andrés Rodríguez Maradiaga. Die Kirche sah besonders die KleinbäuerInnen als die VerliererInnen des Abkommens und befürchtete den Ruin für 70 Prozent der 200.000 KleinproduzentInnen im Landwirtschaftssector von Honduras (ebd.: 132).

Trotz all dieser Kontroversen wurden die Verhandlungen zu Ende gebracht, wobei schlussendlich die Zoll- und Quotenregelungen zwischen den fünf zentralamerikanischen Ländern, der Dominikanischen Republik und den USA bilateral ausverhandelt wurden.⁶ In die Diskussion über die CAFTA-Verhandlungen muss auch noch die *Caribbean Basin Initiative (CBI)*, im Spanischen unter der Abkürzung *ICC (la Iniciativa para la Cuenca del Caribe)* bekannt, einbezogen werden. Die Initiative geht zurück auf den US-Präsidenten Ronald Reagan und fand im *Caribbean Basin Economic Recovery Act (CBERA)* ihren Abschluss, welcher



Fischer in Karata. Foto: Sigrid Lamberg

mit Beginn des Jahres 1984 Gültigkeit erlangte. Das CBI und der daraus abgeleitete CBERA garantierten Ländern aus Zentralamerika und der Karibik unilateral den zoll- und quotenfreien Zugang der Mehrheit ihrer Produkte zum US-amerikanischen Markt. Im Jahr 2000 wurde das Abkommen erweitert und der *Caribbean Basin Trade Partnership Act (CBTPA)* unterschrieben, welcher eine Vergünstigung für 19 zentralamerikanische und karibische Staaten brachte.⁷ Die BefürworterInnen des CAFTA argumentieren, dass der CBTPA im Jahre 2008 abgelaufen wäre, was somit – ohne Unterzeichnung des CAFTA – eine Verschlechterung der Exportsituation für die zentralamerikanischen Länder bedeutet hätte (vgl. Morley 2006: 11).

Nicaragua ist das einzige zentralamerikanische Land, das nicht von Beginn an in die CBI aufgenommen wurde. Dies erklärt sich aus der politischen Situation zum Zeitpunkt der Gründung dieser Initiative. In Nicaragua waren die SandinistInnen an der Macht und der US-Präsident Ronald Reagan versuchte mit allen Mitteln, die Herrschaft der linksgerichteten FSLN zu untergraben bzw. zu beenden. Deshalb lag es auf der Hand, dass Nicaragua keinen Zugang zum US-amerikanischen Markt erhielt, vielmehr hatte es mit einem Handelsboykott von Seiten der USA zu kämpfen. Mit der Abwahl der SandinistInnen im Jahre 1990 und dem Beginn der (neo-)liberalen Politik in Nicaragua unter Doña Violeta veränderte sich auch die Haltung der USA und das Land wurde in die CBI aufgenommen.

Das CBI fußte auf der Idee eines präferentiellen und nicht reziproken Zuganges, der es den zentralamerikanischen und karibischen Staaten einseitig erlaubte, ihre Waren zu einem hohen Prozentsatz zoll- und quotenfrei in den US-amerikanischen Markt zu exportieren. Das CAFTA hingegen setzt auf die gegenseitige Öffnung der Märkte und geht auch weit über eine „Initiative“ hinaus. Das Freihandelsabkommen ist ein völkerrechtlich bindender Vertrag, dem das Regelwerk der WTO zugrunde liegt.⁸

CAFTA und Nicaragua

In Hinblick auf den Beitritt Nicaraguas zum CAFTA wurde von mir der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen dieser auf die unterschiedlichen Bereiche des Agrarsektors haben wird. Welche Chancen ergeben sich dabei für die Exportwirtschaft und welche Gefahren birgt dies für die kleinen und mittleren Betriebe in Nicaragua? Die Auseinandersetzung mit dem CAFTA und dessen Einfluss auf den modernen wie auch auf den traditionellen Agrarsektor in Nicaragua wurden als eine Forschungsebene in meiner Dissertation⁹ behandelt. In Anlehnung an die Theorie der strukturellen Heterogenität¹⁰ stellt sich deshalb die Frage:

Führen weitere Liberalisierungsbestrebungen im Agrarbereich (Etablierung des CAFTA) zu einer Vertiefung der Marginalisierung der autonomen, vorwiegend indigenen Gebiete des zentralamerikanischen Landes?

Die Forschungsfrage zielt auf die Zweiteilung des nicaraguanischen Agrarsektors in einen modernen und einen traditionellen Sektor ab. Dem traditionellen Sektor werden dabei die indigenen Gebiete der autonomen Atlantikregion eingerechnet, wobei diesem jedoch auch die *pequeños y medianos productores*¹¹ aus dem übrigen Nicaragua zuzuordnen sind.

Um sich dieser Forschungsfrage zu nähern, wurden die strukturellen Schwierigkeiten, mit denen der primäre Sektor in Nicaragua kämpft, analysiert und die Problematik, die sich aus einer sehr gering diversifizierten Exportwirtschaft im Agrarbereich ergibt, beleuchtet. Zu den grundlegenden strukturellen agrarwirtschaftlichen Problemen des zentralamerikanischen Landes zählt insbesondere der fehlende Zugang zu Krediten, um damit die benötigten produktivitätssteigernden Investitionen tätigen zu können. Dieser Aspekt korreliert mit der ebenso problematischen Frage nach der rechtlichen Absicherung der Landtitel. Nicaragua ist, wie viele andere lateinamerikanische Länder, mit der Tatsache konfrontiert, dass die Rechte auf Bodenbesitz umstritten sind. Das koloniale Erbe, fast ein halbes Jahrhundert Diktatur, Revolution und die (neo-)liberale Politik der 1990er Jahre und die damit einhergehenden Prozesse der Enteignung, Verstaatlichung und Wiederverteilung von Land aufgrund verschiedenster Agrarreformen führten hinsichtlich des Besitzes von Land und Boden zu einem Chaos: Für ein Stück Land sind teilweise fünf Landtitel vorhanden. Diese sind in unterschied-

lichen Landregistern eingetragen (oder auch nicht eingetragen) und erzeugen somit eine immense Verunsicherung, was die Rechte auf Land anbelangt. Aufgrund dieser undurchsichtigen Situation ist es kein Leichtes, Kredite von den Banken zu bekommen, da Grundbesitz nicht für die Kreditsicherung herangezogen werden kann.

Besonders die kleineren und mittleren ProduzentInnen verschulden sich aufgrund dieser Ausgangslage bei privaten Kreditvergabeinstitutionen, die hohe Zinsen verlangen. Wenn die Schuldenlast zu groß wird, bleibt oftmals nur noch die Möglichkeit, das Land zu verkaufen und in die Städte zu emigrieren. Dort arbeiten die Menschen im informellen Sektor, um das Überleben ihrer Familien einigermaßen sichern zu können oder gehen als ArbeitsmigrantInnen (oftmals illegal) nach Costa Rica oder in die USA.

Neben der Kreditproblematik und deren Auswirkungen ist der traditionelle Agrarsektor mit gravierenden infrastrukturellen Problemen konfrontiert. Ein schlecht ausgebautes Straßensystem, Probleme mit der Stromversorgung, fehlender Zugang zu Düngemitteln und Pestiziden wie auch ein geringer Technologisierungsgrad, d.h. wenige Traktoren und andere landwirtschaftliche Geräte, sind jene Aspekte, mit denen vor allem der klein-strukturierte nicaraguanische Agrarsektor zu kämpfen hat.

Durch die Beschreibung der strukturellen Schwierigkeiten wird die Asymmetrie zwischen den USA und



Bohnenernte in der Miscito-Comunidad Saupuka. Foto: Sigrid Lamberg

Nicaragua im Agrarsektor deutlich. Damit wird auch verständlich, wie ungleich die Konkurrenzbedingungen zwischen den beiden Ländern sind. Diese Ausgangssituation hat eindeutige Implikationen auf das Zentralamerikanische Freihandelsabkommen. Der Agrarsektor in den USA ist ein hoch spezialisierter und er zählt nicht nur aufgrund seiner hohen Produktivität, sondern auch wegen der immens hohen internen Stützungen und Subventionen zu den potentesten der Welt. Er spielt in den USA jedoch volkswirtschaftlich wie auch gesellschaftlich eine untergeordnete Rolle: Nur ca. zwei Prozent der gesamten Bevölkerung sind im Agrarsektor beschäftigt. In Nicaragua arbeiten knapp 40 Prozent der Bevölkerung im primären Sektor, womit deutlich wird, wie gegensätzlich auch die gesellschaftliche Funktion des Agrarsektors in den CAFTA-Mitgliedsstaaten ist.

Eine Volkswirtschaft, deren Exportsektor auf einige wenige Agrarprodukte ausgerichtet ist, sieht sich mehreren Gefahren gegenüber: Besonders die Produkte aus dem primären Sektor sind den Preisschwankungen auf den internationalen Märkten chancenlos ausgeliefert, wie am Beispiel der Kaffeepreisentwicklung gezeigt werden kann. Neben der direkten Betroffenheit der ProduzentInnen von internationalen Preisschwankungen im Agrarsektor muss eine Volkswirtschaft bei schlechter Entwicklung mit massiven Deviseneinbußen rechnen, was sich auch in der Handelsbilanz niederschlägt. Ein Rückgang der Deviseneinnahmen für den Staat bedeutet zudem eine Beschränkung seines politisch-gestalterischen Spielraumes.

Das Freihandelsabkommen trat mit 1. April 2006 in Kraft, wobei für sensible Produkte Übergangsfristen vereinbart wurden, innerhalb derer es zum vollständigen zoll- und quotenfreien Handel mit den USA kommen muss. Lange Übergangsfristen wurden dabei vor allem den *granos básicos*¹² eingeräumt, deren Handel erst in 15 bis 20 Jahren komplett liberalisiert wird. Nichtsdestotrotz wurden die zollfreien Importquoten aus den USA für diese Grundnahrungsmittel, im Vergleich zu der Zeit vor dem CAFTA, wesentlich erhöht. Zu den VerliererInnen des Freihandelsabkommens zählen im Agrarsektor vor allem die kleinen und mittleren Betriebe, die *granos básicos* produzieren und die besonders unter den schwierigen Rahmenbedingungen zu leiden haben. Eine hohe Produktivität und Preise, die aufgrund von internen Stützungen konkurrenzlos niedrig sind, verdeutlichen den asymmetrischen Wettbewerb zwischen den USA und den Zentralamerikanischen Ländern. Zu den GewinnerInnen im nicaraguanischen Agrarsektor sind jene Betriebe

zu zählen, die auf die Produktion von „nicht traditionellen“ Erzeugnissen setzen, wie Erdnüsse oder Fischfilets bzw. jene Betriebe, die über einen höheren Technologisierungsgrad verfügen.¹³

Sigrid Lamberg

Zentrum für Soziale und Interkulturelle Kompetenz
JKU Linz

Anmerkungen

- 1 Der Beitrag ist ein Auszug aus der Dissertation von Sigrid Lamberg, die im April 2010 im Verlag Brandes & Apsel unter dem Titel „Subsistenzökonomie in Nicaragua. Perspektiven in einer sich transformierenden Gesellschaft“ erscheinen wird.
- 2 CAFTA steht für die englische Abkürzung: Central American Free Trade Agreement (im Spanischen: Tratado de Libre Comercio Centroamericano)
- 3 Viele KritikerInnen des CAFTA sehen in der Kürze der Verhandlungen bereits eine Schieflage. Die USA verfügen über eine Vielzahl an ExpertInnen sowohl in rechtlichen als auch in wirtschaftlichen Fragen und haben wesentlich mehr Verhandlungserfahrung als beispielsweise Nicaragua. Die Ausgangslage erscheint bereits zu Beginn der Verhandlungen ungleich und favorisiert die USA. (vgl. Arauz 2004: 246ff.)
- 4 Durch einen möglichen Gewinn der DemokratInnen bei der Präsidentschaftswahl 2004 wäre das CAFTA zu Fall gekommen. Der damalige demokratische Präsidentschaftskandidat John Kerry hatte bereits im Vorfeld angekündigt, dass er der Ratifizierung des Freihandelsabkommens nicht zustimmen würde.
- 5 Die Kritik wurde vor allem von Seiten der zentralamerikanischen Länder formuliert.
- 6 Besonders in Costa Rica wurde die endgültige Ratifizierung des Vertrags zu einer Zerreißprobe für die Gesellschaft. Costa Rica ließ als einziges Land per Volksabstimmung über den CAFTA-Beitritt entscheiden. Die BefürworterInnen des Freihandelsabkommens konnten dieses am 7. Oktober 2007 knapp für sich gewinnen, wobei ihnen von der Gegenseite vorgehalten wurde, dass ihre „Pro-CAFTA-Kampagne“ von den USA massiv finanziell unterstützt wurde (vgl. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21437/1.html>, Download: 9. Dezember 2008). Besonders die Befürchtung einer Überschwemmung durch US-amerikanische Importe aufgrund des Abbaus von Zollschränken und eines daraus resultierenden möglichen Ruins gewisser Sektoren, allen voran im Agrarbereich, wurde von den GegnerInnen vorgebracht (vgl. http://www.nzz.ch/nachrichten/international/freihandel_usa_costa_rica_zustimmung_1.566527.html, Download: 9. Dezember 2008).
- 7 Nähere Informationen zur Initiative bzw. zu den einzelnen Protokollen können von der Homepage des „Office of the United States Trade Representative“ heruntergeladen werden: http://www.ustr.gov/Trade_Development/Preference_Programs/CBI/Section_Index.html.

- 8 Eine Freihandelszone, wie es das CAFTA darstellt, kann wie folgt definiert werden: „(...) ein durch den Zusammenschluss von zwei oder mehreren Staaten oder Teilen der Staatsgebiete geschaffener Wirtschaftsraum, in welchem die Zölle und andere den Handel zwischen den Partnern beschränkende Maßnahmen und Mechanismen schrittweise beseitigt werden. Ein wesentliches Merkmal einer Freihandelszone ist, dass ihre Mitglieder die Autonomie der Handelspolitik weiterhin behalten. Dies äußert sich insbesondere bei den Regelungen der jeweiligen nationalstaatlichen Zolltarife gegenüber Drittstaaten.“ (Biehl 2008: 49)
- 9 Die Dissertation wurde unter dem Titel „Perspektiven von Subsistenzökonomie in einer sich transformierenden Sozialstruktur: Handlungsspielräume von indigenen comunidades in der Región Autónoma del Atlántico Norte (Nicaragua)“ eingereicht.
- 10 Das Konzept der strukturellen Heterogenität geht davon aus, dass eine enge Beziehung zwischen den wie auch immer bezeichneten Teilsektoren innerhalb einer Entwicklungsökonomie bestehen. „Der moderne (kapitalistische) und der sog. traditionelle (vorkapitalistische) Sektor sind in einen historischen Prozess eingebunden (...) Im Gegensatz zu modernisierungstheoretischen Perspektiven dualistischer Gesellschaften befinden sich strukturell heterogene Gesellschaften nicht in einem Übergangsstadium – der vorkapitalistische Sektor nicht im Prozess der Durchkapitalisierung und die gesamte Volkswirtschaft nicht im Prozess der fortschreitenden Integration und Homogenisierung –, sondern in einem Prozess sich fortlaufend reproduzierender struktureller Heterogenität.“ (Nohlen/Sturm 1982: 102)
- Die beiden Sektoren agieren somit nicht autonom voneinander; der moderne Sektor dient vielmehr als Bindeglied zum Weltmarkt und auch als Überträger von dessen Dynamik auf die nationale Ökonomie der „Entwicklungsländer“. Daraus abgeleitet definiert das Konzept der strukturellen Heterogenität eine andere Form zur Überwindung der Unterentwicklung: Nicht das Wachstum und die Expansion des modernen Sektors ist der Schlüssel, sondern vielmehr die Analyse der internen als auch der externen Faktoren, die strukturelle Heterogenität verursachen und aufrechterhalten.
- 11 Kleine und mittlere ProduzentInnen
- 12 Granos básicos ist eine Sammelbezeichnung für die Getreidesorten Reis, Bohnen, Mais und Hirse, die der Grundnahrungssicherung der Bevölkerung dienen.
- 13 Die genauen Auswirkungen des CAFTA auf den nicaraguanischen Agrarsektor, insbesondere die Frage, wer durch dieses Abkommen zu den VerliererInnen und zu den GewinnerInnen zählt, aber auch die Perspektiven der indigenen comunidades.

Literatur

Biehl, Elisabeth (2008): Der zentralamerikanische Integrationsprozess. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Hochschule (FH) Harz, Halberstadt.

Aráuz, Alejandro (2004): Nicaragua. Impacto del CAFTA sobre sectores sociales menos favorecidos. In: López Carrión, Nehemías (et al): DR-CAFTA. Impacto sobre sectores sociales menos favorecidos en América Central, Managua: Fundación Friedrich Ebert. (S. 243 – 298).

Huhn, Sebastian/Löding, Torge (2007): Zentralamerika: Sozialer Konflikt um CAFTA und seine Folgen. In: GIGA-Fokus – German Institute of Global and Area Studies, Nr. 10 (abrufbar unter: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_0710.pdf, Download: 8. Dezember 2008).

Lamberg, Sigrid (2010): Subsistenzökonomie in Nicaragua. Perspektiven in einer sich transformierenden Gesellschaft, Verlag Brandes & Apsel, Frankfurt/M., im Erscheinen

Minkner-Bünjer, Mechthild (2004): Freihandelsabkommen USA – Zentralamerika: Bleibt die regionale Integration auf der Strecke? In: Brennpunkt Lateinamerika: Politik – Wirtschaft – Gesellschaft. Nr. 12/2004, Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg (S. 125 – 139).

Morley, Samuel (2006): Trade Liberalization under CAFTA: An Analysis of the Agreement with Special Reference to Agriculture and Smallholders in Central America. Discussion Paper No. 33: International Food Policy Research Institute (abrufbar unter: <http://www.ifpri.org/divs/dsgd/dp/papers/dsgdp33.pdf>, Download: 3. Dezember 2008).

Nohlen, Dieter/Sturm, Roland (1982): Über das Konzept der strukturellen Heterogenität. In: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der dritten Welt, Band 1: Unterentwicklung und Entwicklung: Theorien – Strategien – Indikatoren. 2. überarb. und ergänzte Ausgabe, Hamburg: Hoffmann und Campe (S. 92 – 117).

Wissenschaftspreis 2011 zum Thema "Zukunft des Sozialstaats in Österreich"

Bewerbungen sind bis zum 31. Mai 2011 bei der Arbeiterkammer OÖ, Volksgartenstraße 40, Abteilung Wissenschafts- und Forschungsmanagement einzureichen. Die Einreichungen können sich auf die von der AK vorgeschlagenen Fragestellungen beziehen, z.B. die Aufgabenstellungen des Wohlfahrtsstaates, die Finanzierung des Systems der sozialen Sicherheit, die Einstellungen der Bevölkerung zum Sozialstaat, erforderliche Reformen zur Beseitigung von Ausgrenzung und die Vermeidung von Armut.

Nähere Informationen unter: www.arbeiterkammer.com

Arbeiten in den Sonderwirtschaftszonen Asiens

Ausgehend von China wurden in vielen Ländern, darunter Indien, so genannte Sonderwirtschaftszonen errichtet. Wiewohl von ihren Betreibern als „Erfolgsstory“ gepriesen, haben sie auch zahlreiche Schattenseiten.

Die Idee der Sonderwirtschaftszonen ist es, zeitlich begrenzt einem bestimmten Gebiet in einem Land einen wirtschaftlichen Sonderstatus einzuräumen. Ziel ist es, durch gezielte Vergabe von wirtschaftlichen Vorteilen, zum Beispiel eine Steuerbefreiung für Investitionen oder einen verminderten Verwaltungsaufwand für Unternehmen, Investitionen in den Sonderwirtschaftszonen zu erhöhen. So wollte man in China durch die Errichtung von derartigen Zonen vor allem ausländisches Kapital zur Investition in China animieren.

Die ersten fünf Sonderwirtschaftszonen in China wurden in den Provinzen Guangdong, Fujian und Hainan eingerichtet. Während in Fujian die Stadt Xiamen zur Sonderwirtschaftszone erklärt wurde, wurde die gesamte Inselprovinz Hainan zur Sonderwirtschaftszone deklariert. In Guangdong wurden Sonderwirtschaftszonen in den Städten Shenzhen, Zhuhai und Shantou eingerichtet.

Shenzhen

Besonders die Sonderwirtschaftszone von Shenzhen ist über China hinaus bekannt geworden. Shenzhen liegt am Perlfuss-Delta und an der Grenze zur chinesischen Sonderverwaltungszone Hongkong. Diese günstige Lage war der Grund dafür, dass unter Deng Xiaoping im Jahr 1980 in Shenzhen die erste Sonderwirtschaftszone Chinas gebildet wurde, unter anderem auch, um von der wirtschaftlichen Entwicklung (des damals noch britischen) Hongkongs zu profitieren. Dengs Parole im Zusammenhang mit der Stadt Shenzhen lautete: *„Lasst den Westwind herein. Reichtum ist ruhmvoll“*. Dies beschrieb sehr treffend das, was in der Stadt in den kommenden Jahren passieren sollte, nämlich ein extremer Bauboom, wie er selbst in China selten anzutreffen ist.

Shenzhen entwickelte sich neben Guangzhou zu der größten Stadt im Perlfuss-Delta, das neben dem Beijing-Tianjin-Gebiet und dem Jangtse-Delta als eine der wirtschaftlich bedeutendsten Regionen Chinas gesehen wird. Da in der gesamten Provinz Guangdong

viele Unternehmen im produzierenden Gewerbe tätig sind, war die Region die erste, die in den Medien gerne als *„Werkbank der Welt“* bezeichnet wurde.

Despotisches Arbeitsregime

Mit der Produktion von Textilien, Spielzeug und Elektronik setzte man in Shenzhen zum großen Sprung auf den Weltmarkt an. Bald reihte sich ein Industriekomplex an den anderen, überwiegend *„three-in-one“*: Fabrik, Lager und Wohnheim in einem rundum von Mauern und Wachposten umgebenen Gebäudekomplex. Shenzhen wurde zum Inbegriff für das chinesische Wachstumswunder, und *„three in one“* zur Formel für ein despotisches Arbeitsregime, so die Soziologin und Publizistin Christa Wichterich in der deutschen Wochenzeitung Freitag.

1990 beherbergte diese Sonderzone bereits 3.000 registrierte Betriebe, eine Million *„legale“* EinwohnerInnen, zusätzlich aber 2,5 Millionen WanderarbeiterInnen, die eine Registrierung auf dem Land und deshalb nur dort soziale Rechte hatten. Immer neue Industrieanlagen wuchsen über die eigentliche Sonderzone hinaus. Fabriksgelände und Wohnblöcke verdrängten die Fischerdörfer, Reisfelder und Geflügel-farmen im Perlfussdelta. Immer mehr MigrantInnen kamen vom Land, Frauen für die arbeitsintensive Fabrikation, Männer für den Bausektor und die kapitalintensiven Industrien, die von ausländischen Investoren nun hier etabliert wurden. Ende der neunziger Jahre folgten die IT-Unternehmen, postmoderne E-Parks und *„Silicon-Cities“* verdrängten die Fabriken. Gegenwärtig hat Shenzhen etwa zwölf Millionen Einwohner, die Zusammensetzung der Bevölkerung ist laut Wichterich aber gleich geblieben: Sie besteht aus 30 Prozent legal registrierten und rund 70 Prozent Zugewanderten.

Der Zugang zur alten Sonderwirtschaftszone wird immer noch durch Posten und Mautstellen kontrolliert. Die MigrantInnen mussten dort jahrelang ihren Personalausweis, die Reiseerlaubnis aus dem Herkunftsdistrikt, die Arbeitserlaubnis ihrer Firma und die Aufenthaltsgenehmigung der Stadtverwaltung vorzeigen. Letztere musste Jahr für Jahr gegen teures Geld erneuert werden. Wen die Polizei ohne diese Dokumente erwischte, dem drohte Strafe oder Heimreise auf eigene Kosten.

Doch das *„Three-in-one“*-System löste 1993 heftige Proteste von WanderarbeiterInnen und den Versuch aus, eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen. Anlass war, dass bei zwei Bränden das Feuer in einem Textil- und einem Spielzeugbetrieb schnell auf die



Straße in Shenzhen. Foto: Mauchai, http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Shenzhen_landmark3.jpg

Wohnheime übergriff, was 140 ArbeiterInnen das Leben kostete. Die "Three in ones" wurden verboten, die Verfahren für die Aufenthaltsgenehmigung beschleunigt, die Kosten reduziert. Gleichwohl wurde die „doppelte Despotie gegenüber den Arbeitsnomaden“ - durch staatliche Regulierung und ausbeuterische Lohnarbeit - beibehalten.

Mittlerweile stehen die Wohnheime nicht mehr Wand an Wand mit der Fabrikhalle, sondern auf der Straßenseite gegenüber. Auf den schmalen Balkons der Wohnblocks hängt die Wäsche der ArbeiterInnen auf der Leine, hell- und dunkelblaue Uniformen bei den großen Betrieben, T-Shirts und Hosen bei den kleineren, schildert Wichterich ihre Eindrücke im Stadtteil Fuyong – auf Deutsch: „ewiges Glück“. „Es gibt keine wesentlichen Verbesserungen in den Fabriken und Wohnheimen im vergangenen Jahrzehnt“, beklagt sich Chen Wen, früher selbst Arbeiter in einer Schuhfabrik, gegenüber der deutschen Soziologin. Seit seiner Entlassung wegen Aufwiegelei arbeitet er bei einer kleinen Organisation, die den Arbeiterinnen eine Beratung außerhalb der Betriebe anbietet. Zwar habe die Stadtverwaltung eine Registratur als Nichtregierungsorganisation (NGO) abgelehnt, aber die Gruppe könne auch ohne diese Formalität aktiv sein, so der Aktivist – „möglichst unauffällig, aber geduldet“.

Überstunden werden selten bezahlt

In Shenzhen hat der Normalarbeitstag zwölf Stunden, Überstunden werden selten bezahlt, von einer Kranken- oder Unfallversicherung wissen die WanderarbeiterInnen nichts. Das Management behält einen Monatslohn, manchmal sogar den Personalausweis

zurück, um angelernte Arbeitskräfte daran zu hindern, sich auf die Suche nach einem besseren Job zu machen. Manchmal schlafen zwölf Frauen in einem Raum - für Strom und Wasser gibt es Abzüge vom Grundlohn, ebenso für Fehlverhalten bei der Produktion.

„Je jünger, desto besser“, zitiert Christa Wichterich einen einheimischen Arbeitsvermittler. 14- bis 16-Jährige stehen die Strapazen an der Stanzmaschine oder am Fließband am besten durch. Deshalb greife er zu, sollten ihm Schulleiter aus Provinzdörfern eine paar Mädchen direkt nach dem Schulabschluss als fleißig und

geschickt anpreisen. Die Anwerbeschilder an einigen Fabrikatoren besagen zwar etwas anderes: „18- bis 24-Jährige (unverheiratet) gesucht“ ist da zu lesen. Doch gleichzeitig findet man an den Fabrikmauern jede Menge Aufkleber, die Genehmigungen und Ausweise aller Art anbieten – und zudem preiswerte Abtreibungen in kleinen Privatkliniken.

Am meisten gefürchtet sei die Arbeit an Maschinen, die Metall- oder Lederformen ausstanzen, sowie die Arbeit mit Chemikalien in Elektronikfirmen und Spielzeugfabriken. Von den älteren Arbeiterinnen lernen die neuen, dass man an den Stanzmaschinen überwiegend die linke Hand benutzen soll - um die rechte zu schonen. Je länger der Arbeitstag, desto mehr lässt die Konzentration nach, die Hand rechtzeitig unter der Maschine wegzuziehen.

Mitunter kommt es zu spontanen Protesten – etwa, wenn das städtische Arbeitsamt wieder einmal eine Beschwerde über Lohnrückstände abgelehnt hat oder wieder keine Kompensation für Unfälle gezahlt wird. Streiks werden häufiger, aggressiver und öffentlicher, konstatiert die Soziologin: „Als 3.000 Arbeiterinnen eines Computerherstellers die Hauptstraße blockierten, waren sie zwar sofort von 1.000 Polizisten umzingelt, die den Protest auflösten, doch sie erreichten ihr Ziel: die Aufmerksamkeit des Arbeitsamts. Es verurteilte die Firma zu einer Geldstrafe, diese zahlt seitdem Mindestlöhne.“

Cochin

Auch die indische Regierung hat begonnen, Sonderwirtschaftszonen im Land einzurichten. Rund 400 solcher Zonen sollen in den kommenden Jahren ent-

Computerproduktion in China

Die chinesische Elektronikindustrie ist die größte der Welt. 2007 wurden 150 Millionen Quadratmeter Leiterplatten in China hergestellt, beinahe 30 Prozent der gesamten Weltproduktion. Mit großer Wahrscheinlichkeit stecken in vielen Computern, die hierzulande im Handel erhältlich sind, in China produzierte Teile.

130 Millionen WanderarbeiterInnen verdingen sich in der dortigen Computerindustrie, ein Drittel davon in der südchinesischen Provinz Guangdong. Dort haben zwischen Juni und Dezember 2008 StudentInnen qualitative Interviews mit 45 ArbeiterInnen durchgeführt, die über die Produktionsbedingungen in den Fabriken berichteten. Die auf dieser Grundlage entstandene Studie „The Dark Side of Cyberspace“, die im Dezember 2008 von zwei AktivistInnen der NGO SACOM in Berlin präsentiert wurde, nennt folgende menschenunwürdige Zustände:

ArbeiterInnen wird keine Kopie des Arbeitsvertrages ausgehändigt, der gesetzliche Mindestlohn nicht eingehalten, Überstunden werden erzwungen und die Menschen in Schlafsälen mit bis zu vierzehn Personen eingepfercht. Während dort die hygienischen Bedingungen zu wünschen übrig lassen, kommen die ArbeiterInnen während der Produktion zum Teil mit giftigen Chemikalien wie Schwefel- und Salpetersäure in Berührung. Eine Kranken- oder Arbeitslosenversicherung existiert nicht. Mit militärischem Drill marschieren die ProduktionshelferInnen in den Pausen in Zweierreihen auf dem Fabrikgelände, Männern

wird zudem ein korrekter Kurzhaarschnitt abverlangt. Weil die Arbeitsplätze keinerlei ergonomischen Kriterien Stand halten, klagen viele der ArbeiterInnen über Rückenschmerzen, Augenprobleme und Stresssymptome, die weiblichen ProduktionshelferInnen auch über Menstruationsbeschwerden.

Insbesondere die Arbeitszeiten gehören zu den zu beanstandeten Kriterien. Während das chinesische Arbeitsrecht einen Schichtdienst von regulär acht Stunden vorsieht, ist es in den beiden untersuchten Firmen zu einer enormen Überstundenkapazität gekommen. In Einzelfällen haben Produktionshelfer 370 Stunden im Monat gearbeitet, was einer Arbeitszeit von mindestens 12 Stunden pro Tag entspricht, ohne jeden freien Tag.

Die Verletzung grundlegender Arbeitsrechte, so Florian Butollo von PC Global, sei kein Einzelfall und nicht auf die beiden untersuchten Unternehmen beschränkt. Man könne davon ausgehen, dass jeder PC einige Komponenten enthält, die unter ähnlichen Bedingungen entstanden sind. PC global, ein Aufklärungsprojekt der NGO WEED, fordert deshalb eine größere Transparenz bei den Arbeitsbedingungen in Fernost, zudem Schulungen für chinesische PC-ArbeiterInnen über ihre Rechte und eine Änderung der Einkaufspraxis seitens der Markenunternehmen. Diese werden aufgefordert, neben ökologischen Aspekten verstärkt auch die Arbeitsbedingungen zu berücksichtigen.

Quelle: Helmut Merschmann: PC-Produktion in China, www.heise.de, 16.12.2008

stehen, von ihnen verspricht man sich Wachstum und neue Arbeitsplätze. Vordergründig zu Recht, denn in den Sonderwirtschaftszonen gab es den amtlichen Statistiken zufolge deutliche Zuwächse bei den Investitions- und Beschäftigungszahlen. Getragen wird das Wachstum der Sonderwirtschaftszonen derzeit vor allem vom Export von Edelsteinen und Schmuck, Computer-Hardware und -Software, elektronischen Gebrauchsgütern, pharmazeutischen Erzeugnissen sowie Textilien und Bekleidung.

“Die Sonderwirtschaftszone ist ausländisches Gebiet innerhalb Indiens, in dem besondere Regelungen gel-

ten, um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. Die Zone untersteht direkt der Regierung von Indien. Rechtlich steht sie außerhalb des indischen Zollgebietes. Beides zusammen sorgt sowohl für eine schnelle Genehmigung Ihres Projektes als auch für den problemlosen Betrieb Ihrer Anlagen innerhalb der Sonderzone.“ So wirbt die Sonderwirtschaftszone in der südindischen Stadt Cochin um Investoren.

Um das Gelände läuft ein hoher Zaun aus Beton und Metall, der zusätzlich mit Stacheldraht gesichert ist. Uniformierte Sicherheitsleute und bewachen den einzigen Eingang. Sie halten die ankommenden Lastwa-

gen an und kontrollieren die Ladung. Ohne Prüfung kann hier niemand hinein oder hinaus.

Auf dem 42 Hektar großen Gelände arbeiten über 8.000 Menschen, die Hälfte davon Frauen. 90 Betriebe aus unterschiedlichen Branchen haben sich hier angesiedelt: Es werden Computersoftware und -hardware produziert, aber auch T-Shirts genäht. Die Unternehmen kommen meist aus Indien, aber auch aus Spanien, Belgien und England.

Warum diese hierher kommen, erläutert der zuständige Regierungsbeauftragte für die Zone in Cochin, C. J. Matthew, dem Deutschlandfunk-Journalisten Matthias Becker sehr anschaulich: "Die bürokratischen Vorgänge sind hier vereinfacht. Es ist völlig unaufdringlich. Mit anderen Worten: Sie können ihre Güter hierher bringen, ihre Produktion machen und exportieren. Niemand wird Sie hier besuchen, Sie inspizieren oder streng beaufsichtigen. Wer sich hier niederlassen will, muss nicht von einer Regierungsstelle zur anderen laufen. Alle Genehmigungen gibt es hier in diesem Büro."

Massive Steuererleichterungen

Hinzu kommt, dass die Unternehmen in den Sonderwirtschaftszonen fünf Jahre lang keine Steuern zahlen, danach für weitere fünf Jahre nur die Hälfte. Sie können außerdem zollfrei Rohstoffe in die Sonderzonen einführen und weiterverarbeiten und haben gleichzeitig Zugang zum kostengünstigen lokalen Arbeitsmarkt. Wenn sie ihre Waren auf den indischen Markt bringen wollen, fallen nur die üblichen Einfuhrzölle an.

Gebiete wie das in Cochin werden in Indien „*Special Economic Zones*“ oder SEZ genannt. Im Juni 2008 gab es insgesamt 244 solcher Zonen, von denen allerdings nur 58 bereits operativ tätig waren und von den Statistiken der Wirtschaftsbehörde erfasst wurden, der Rest befand sich noch im Planungs- oder Baustadium. Manche SEZ werden von nur einem Unternehmen genutzt, andere von mehreren. Manche sind über 2.000 Hektar groß, andere nur 20 Hektar. Unterschiedlich ist auch das Lohnniveau: In vielen Firmen arbeiten Unqualifizierte für Niedriglöhne und bauen beispielsweise elektronische Geräte zusammen, in anderen ar-

Proteste gegen Sonderwirtschaftszonen in Goa

Statt Partys gab es an den Stränden des indischen Bundesstaats Goa im Dezember 2007 heftige Proteste gegen Sonderwirtschaftszonen. Die Bewegung in Goa gegen Sonderwirtschaftszonen (GMAS) warnte die Touristen, dass man nicht garantieren könne, dass die Proteste friedlich bleiben. Viele nahmen die Warnungen ernst und annullierten ihre Reise.

Goa hat bereits elf Sonderwirtschaftszonen bewilligt, von denen drei von einer Gesamtfläche von 250 Hektar amtlich publiziert wurden. Nach einem öffentlichen Aufschrei und verschiedenen Demonstrationen auf dem Baugelände wurden die Arbeiten vorübergehend eingestellt. Aber es bestehen Pläne für weitere acht Sonderwirtschaftszonen von einer Gesamtfläche von 776 Hektar. Mit den Sonderwirtschaftszonen erhofft sich die Regierung in Goa - wie auch andere Regionen - einen Investitionsschub.

Doch gemäß dem ehemaligen Tourismusminister Goas, Mathany Saldhana, wären die Sonderwirt-

schaftszonen für Goa verheerend: „Sie werden Hunderttausende von Wanderarbeitern von ganz Indien hierher locken, welche die kleine Bevölkerung Goas überrennen und ihre einzigartige Kultur für immer schädigen.“ KritikerInnen weisen auch darauf hin, dass in den Plänen der Regierung für die Sonderwirtschaftszonen, die sie ungleich mehr subventioniert als die lokalen Unternehmen, keine Bestimmungen zum Schutz der lokalen Werkstätigen gibt. Abfall, Wasserknappheit, Umweltzerstörung, Korruption und unangemessene Zuteilung von Land ohne adäquate Kompensation ruinierten Goa. Die Regierung nutze Notrecht für die Enteignung von Land zu Spottpreisen, und nutze es zur persönlichen Bereicherung auf Kosten der Armen, denen das Land genommen werde.

Anders als etwa in West Bengalen im März 2007, wo bei den Protesten gegen Sonderwirtschaftszonen etliche Personen umkamen, wurde über die Proteste in Goa kaum berichtet.

Quelle: Nina Sahdeva: Goa/Indien: Proteste gegen Sonderwirtschaftszonen, www.fairunterwegs.org, 15.01.2008

beiten gut bezahlte Spezialisten zum Beispiel als Computerprogrammierer. Gemeinsam ist allen Zonen, dass die Regierung sich um die nötige Infrastruktur kümmert und massive Steuererleichterungen gewährt.

Grundsätzlich gilt in den Sonderwirtschaftszonen das normale Arbeitsrecht – vielfach allerdings nur auf dem Papier. Mit ein Grund: Den indischen Gewerkschaften ist es bisher nicht gelungen, in den SEZ Fuß zu fassen. Die Folge: Vor allem Geringqualifizierten ergeht es schlecht: „Besonders wo Frauen beschäftigt werden, in den Textilbetrieben, dort gibt es viel Ausbeutung. Sie tauchen in der Buchführung des Unternehmens gar nicht auf. Sie sind das ganze Jahr da, aber trotzdem bekommen sie keine feste Stelle. Oft werden Überstunden nicht als Überstunden gezählt, und es gibt keine Zuschläge“, klagt P.N. Venugopal, der Sprecher der Gewerkschaft „Center of Indian Trade Unions“ gegenüber Matthias Becker.

Kritik von Bauernverbänden und Gewerkschaft

Viele Inder kritisieren diese Politik als Ausverkauf. Schließlich entgehen dem Staat durch die Steuererleichterungen gewaltige Summen. Regierungsvertreter erwidern darauf, durch die Sonderwirtschaftszonen entstünden Wachstum und damit Arbeitsplätze. Für den Gewerkschafter Venugopal ist dieses Kalkül falsch, da in Indien heutzutage häufig nur noch die Montage stattfindet. Die Einzelteile kämen von woanders. Sie werden nicht von einer Kleinindustrie oder Heimindustrie außerhalb der Zone hergestellt. Doch nur in diesem Fall würde Beschäftigung entstehen.

Der größte Widerstand kommt von den Bauern. Im März 2007 etwa stürmten schwer bewaffnete Polizeieinheiten die 120 Kilometer südlich von Kolkata (Kalkutta) gelegene Gemeinde Nandigram. Wochenlang hatten deren Bewohner gegen die Einrichtung einer 8.000 Hektar großen Sonderwirtschaftszone protestiert, in der ein indonesisches Unternehmen eine Chemiefabrik errichten wollte. Kritisiert wurde das Vorhaben der Landesregierung, weil die Landenteignungen die Existenz tausender Kleinbauernfamilien und Tagelöhner bedrohten, denn weder Entschädigung noch Umsiedlung waren geklärt. Die Einwohner riegelten daraufhin das Gebiet von der Außenwelt ab. Als Nandigram schließlich von den Sicherheitskräften „zurückerobert“ wurde, starben 14 Menschen, über 70 wurden verletzt.

Obwohl die Regierung behauptet, Ackerland nicht anzutasten, gibt es zahlreiche anders lautende Berichte. „Mehrere zehntausend Hektar werden landesweit für

die SEZ enteignet“, berichtet der Journalist Bharat Dogra dem Neues Deutschland-Korrespondenten Stefan Mentschel. Das geschehe oft willkürlich, ohne die notwendige Transparenz und ohne Mitsprache der örtlichen Bevölkerung. „Die Leute verlieren ihr Land und werden nicht dafür entschädigt.“ Dabei gehe es vielen Bauern gar nicht ums Geld. Durch die Enteignungen werden sie ihrer Existenzgrundlage beraubt, daher sei die Entschädigung mit fruchtbarem Ersatzland viel wichtiger. Doch das geschehe viel zu selten. Auch ein Arbeitsplatz in der SEZ ist nur für wenige realistisch, so Dogra: „In den Fabriken werden vor allem gut ausgebildete Arbeitskräfte gebraucht. Deshalb findet höchstens einer von fünf Bauern eine Anstellung. Für die anderen ist die Zukunft ungewiss.“

Trotz der scharfen Kritik von Gewerkschaften und Bauernverbänden hält die indische Regierung am Ausbau der Sonderzonen fest. Die Erfolge dieser Wirtschaftsstrategie stehen Matthias Becker zufolge allerdings noch aus. Zwar wachsen die Investitionen in den Sonderwirtschaftszonen derzeit um etwa 50 Prozent pro Jahr, aber nicht alle diese Investitionen sind wirklich neu und viele Unternehmer, die sich nun über Steuergeschenke freuen, hätten vermutlich ohnehin in Indien investiert. Und bisher kommt nur ein Viertel von ihnen aus dem Ausland.

Gespaltene Gesellschaft

Während westliche Unternehmer gerne den riesigen indischen Binnenmarkt erobern möchten, setzt die Regierung ganz auf Export. Die Sonderzonen sind ihr wichtigstes Projekt, um die heimische Wirtschaft am Weltmarkt zu etablieren. Sie argumentiert, dass sich die drückende Arbeitslosigkeit in Indien nur durch eine forcierte Industrialisierung und anhaltend hohes Wirtschaftswachstum beseitigen ließe. Für Becker ist allerdings noch unklar, wie viele Arbeitsplätze in den Sonderzonen neu entstehen und wie viele davon den Beschäftigten mehr als nur Armutslöhne verschaffen.

Kritiker wie Bharat Dogra nennen die Sonderwirtschaftszonen „den größten Land-Diebstahl in der Geschichte des unabhängigen Indiens“. Zwar müsse investiert werden, doch die SEZ kämen ausschließlich den Reichen zugute. „Industrielle, Bauunternehmer, Immobilienspekulanten und korrupte Politiker können sich dank des Gesetzes auf dem Rücken der Landbevölkerung bereichern.“

Die Debatte über die Zonen zeigt für Matthias Becker jedenfalls, wie tief die indische Gesellschaft gespalten ist. Die SEZ seien das beste Beispiel für die anhaltende wirtschaftliche Liberalisierung des Landes.

Während die städtischen Mittelschichten den Weg der Öffnung zum Weltmarkt weitergehen wollten, gelte sie der Landbevölkerung und der organisierten Arbeiterschaft als Bedrohung. Noch immer leben zwei Drittel der InderInnen auf dem Land und noch immer müssen 35 Prozent mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen. Mit dem Wohlstand mancher ist auch die Ungleichheit gewachsen, so Becker – „zwischen Stadt und Land, zwischen den verschiedenen Regionen des Landes, zwischen Gewinnern und Verlierern der Modernisierung“.

Quellen: Matthias Becker: Schwellenland Indien. Mit Sonderwirtschaftszonen auf Wachstumskurs, www.dradio.de, 27.05.2007; Matthias Becker: Ausgebeutet und arbeitslos. Die Kehrseite des indischen Wirtschaftswunders, oe1.orf.at, 22.06.2007; Indien: Sonderwirtschaftszonen im Aufwind, Asien Kurier 9/2008; Stefan Mentschel: Auf dem Rücken der Bauern. www.uni-kassel.de; Shenzhen, http://de.wikipedia.org; Sonderwirtschaftszonen in China, www.china9.de/wirtschaft/sonderwirtschaftszonen.php; Christa Wichterich: Arbeit im „Ewigen Glück“, Freitag 44/2007

Ain't no society beyond?

Diskurse zur Weltgesellschaft

Weltgesellschaft ist ein großer Begriff. Es ist ein Begriff, welcher vielfältige gesellschaftstheoretische Annahmen zulässt. Es ist jedoch keiner, der im Unterschied zur Globalisierung im Alltagssprachgebrauch Einzug gehalten hätte. Der Begriff hat nicht annähernd die Resonanz gefunden, die Globalisierung erfahren hat. In der wissenschaftlichen Literatur fand er in den letzten Jahren auf plakative Art und Weise zunehmend Verwendung, oft jedoch ohne genauer zu definieren, was denn eigentlich damit gemeint ist. Sofern der Begriff der Weltgesellschaft ein vager bleibt, der nicht konkret erklärt und lediglich als benchmark verwendet wird, kommt man relativ einfach umhin, die Frage nach der Existenz einer Weltgesellschaft zu stellen. In jenen sozialwissenschaftlichen Diskursen, die sich analytisch oder normativ mit dieser Frage beschäftigen, ist der Begriff der Weltgesellschaft jedoch ein kontrovers diskutierter.

Der soziologische Kanon: ein Kontrapunkt zur Weltgesellschaft

Der Direktor des Deutschen Institutes für Entwicklungspolitik, Dirk Messner (1999), stellte in seinem Beitrag Strukturen und Trends der Weltgesellschaft in den Globalen Trends 2000 zur Diskussion, was unter dem immer öfter, aber ohne konkrete Inhaltsangabe verwendeten Begriff Weltgesellschaft zu verstehen ist: Ist diese lediglich ein Phantom oder ist sie bereits Realität? Interessant bei dieser Fragestellung ist, dass

niemand im sozialwissenschaftlichen Diskurs die Existenz einer Weltwirtschaft und eines global agierenden Finanzmarktes, eines weltweiten Verkehrswezens, einer globalen Kommunikationsinfrastruktur oder einer Weltpolitik, die Staaten Handlungsspielräume eröffnet und zugleich limitiert, bezweifeln würde. Die Frage nach der Existenz des Weltumspannenden wird lediglich bei dem Begriff der Weltgesellschaft aufgeworfen.

Die Ursache hierfür mag zum Teil in der Geschichte der Soziologie und im vorherrschenden soziologischen Kanon selbst zu finden sein. Die Wissenschaftsdisziplin etablierte sich in einer Zeit, in der die Entstehung europäischer Nationalstaaten ein vorherrschendes Thema war. Ein Restbestand dieser Zeit ist die – in der Gegenwart anachronistisch anmutende – Gleichsetzung der Gesellschaft mit jener von Nationalstaaten. Historische Realität hinter dem vorherrschenden Gesellschaftskonzept der Soziologie war der Nationalstaat.

„Die Soziologie sieht sich (...) genötigt, sich vom Paradigma der Nationalgesellschaft zu lösen, dem das soziologische Denken historisch eng verhaftet ist, weil sich die soziologische Disziplin letztlich (...) dem Zeitalter des Nationalstaates verdankt“ (Seitz 2002: 88).

Auch in der Alltagssprache ist der Terminus Gesellschaft häufig mit dem eines Nationalstaates verbunden. Werden Menschen nach der Existenz einer italienischen oder russischen Gesellschaft gefragt, so wird diese so gut wie nie in Frage gestellt. Dies mag ein Spiegelbild dessen sein, wie SoziologInnen die Wissenschaftsdisziplin gestaltet und präsentiert haben.

In historischer Sicht hat es als Kontrapunkt hierzu immer wieder Konzepte gegeben, die in ihren Grundannahmen von der Welt als Gesamtheit ausgegangen sind: Immanuel Kant und seine philosophischen Annahmen zum „Weltbürgerrecht“ (vgl. Gerhardt 1995: 102ff.) oder aber auch narrative Erzählungen über die Entstehung der Welt. Der Ansatz des „Weltethos“ von Hans Küng (1997) ist ein Beispiel für normative Handlungsanweisungen, die die gesamte Menschheit betreffen. Im Bereich internationaler Beziehungen fallen Regelwerke wie international gültige Konventionen, etwa zur Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte, unter die Kategorie des Weltumspannenden.

Soziale Strukturen, Prozesse und Handlungsfelder gestalteten sich seit jeher jenseits nationalstaatlich fixierter Grenzen. Insofern ist eine Gleichsetzung von Gesellschaft mit einem Nationalstaat ein historischer und – leider auch in der Gegenwart noch oft anzutreffender – akademischer Humbug.

Weltgesellschaft: das einzige Gesellschaftssystem?

Der Diskurs zu Weltgesellschaft differenzierte sich seit seinem Beginn – im deutschsprachigen Raum wurde der Begriff von Niklas Luhmann erstmals 1975 in einem Aufsatz verwendet – immer weiter. Zwei grundlegende und widerstreitende Denktraditionen blieben bei den unterschiedlichen Ansätzen jedoch tragend:

Die Mehrzahl an WissenschaftlerInnen, unter ihnen findet sich der Sozialphilosoph Jürgen Habermas (1998), sehen in der empirisch überprüfaren Verdichtung transnationaler Interaktionen in einer „postnationalen Konstellation“ nicht mehr als lediglich Ansätze einer sich formierenden, gewissermaßen noch in einem embryonalen Stadium befindlichen emergenten Weltgesellschaft. Dominanter Gedanke bei ihren Analysen ist, dass trotz der nicht zu leugnenden Globalisierung des Sozialen mit einhergehenden Homogenisierungstendenzen die grundlegende Voraussetzung für eine soziale Formation, welche tatsächlich den Namen Weltgesellschaft verdient, die soziale Integration und Kohäsion ist. Weltgesellschaft existiert daher noch nicht. Gesellschaften gibt es nur im Plural.

Einige WissenschaftlerInnen haben als Bezugspunkt ihrer Analysen die Vorstellung einer globalen Wissensgesellschaft, andere die einer Weltkultur oder aber einer auf der Idee der Universalität der Menschenrechte basierenden Weltethik. Letztere hat ihre

Grundlage in der Vorstellung von Immanuel Kant und seiner zukunftsgerichteten Idee eines „Weltbürgertums“. Der Soziologe Ulrich Beck (2007) entwarf ein Konzept der „Weltrisikogesellschaft“, deren Risikostreuung sich keine nationale Gesellschaft mehr entziehen kann. Auch bei ihm existiert Weltgesellschaft nur als zusätzlicher Überbau.

Eine singuläre Existenz der Weltgesellschaft wird auch von zwei weiteren Denkschulen bestritten, deren Grundgedanke die weltweite Diffusion institutioneller Muster einerseits und die dominante Stellung globaler Strukturen andererseits ist. Letztere Sichtweise findet sich in Ansätzen der Weltsystemtheorie. Immanuel Wallerstein (1974) begründet seinen Ansatz durch das Primat der kapitalistischen Weltökonomie. Die weltweite Diffusion institutioneller Muster ist tragendes Element bei neoinstitutionalistischen Ansätzen, wie sie von John Meyer (2005) an der Stanford University entwickelt wurden. Dieser lehnt die Annahme einer singulär existierenden Weltgesellschaft grundsätzlich ab, Immanuel Wallerstein wiederum verwendet den Begriff schlichtweg nicht.

Einen radikalen Bruch mit all diesen gesellschaftstheoretischen Ansätzen vollzieht die Systemtheorie, die, basierend auf den Analysen von Niklas Luhmann, grundsätzlich nur mehr von einer einzigen Gesellschaft weltweit ausgeht: der Weltgesellschaft. Diese wird konzipiert als umfassendster Zusammenhang menschlichen Zusammenlebens, der alle sozialen Vorgänge und Figurationen in sich aufnimmt. Es wird davon ausgegangen, dass Weltgesellschaft bereits existiert und in einer Singularität zu positionieren ist. Pointiert formuliert findet sich diese Idee am Buchdeckel des Suhrkamp-Bandes „Die Weltgesellschaft“ von Rudolf Stichweh, auf welchem kurz und bündig festgehalten wird: „Die Weltgesellschaft ist das einzige Gesellschaftssystem, das es gegenwärtig auf der Erde noch gibt.“ Weiters stellt Stichweh fest (2000: 241):

„Gesellschaft oder Weltgesellschaft kommt nur noch einmal vor. Es gibt keine anderen Gesellschaften oder Weltgesellschaften neben ihr. Es existiert außerhalb dieses einen Systems der Weltgesellschaft keine Kommunikation. Das System, das die strukturelle Einheit der Kommunikation realisiert und das sie zur projektiven Einheit eines Welthorizonts verlängert, ist ein und dasselbe System und insofern ist die Weltgesellschaft der Gegenwart eine historische Singularität.“

Auch in dem einleitenden Artikel von Hartmann Tyrell (2005: 36) in einem Sonderheft zu Weltgesellschaft

der Zeitschrift für Soziologie findet sich die plakative Kernthese der Singularität derselben:

„Die moderne Gesellschaft ist nicht im Sinne eines Teilaspekts oder Zusatzsinnes ‚Weltgesellschaft‘, sie ist es konstitutionell: Gesellschaft und Weltgesellschaft fallen in eins.“

Diese Sichtweise impliziert, dass Weltgesellschaft bereits existiert: und zwar im Singular und nicht im Plural von Teilwelten. Genau dieses apodiktisch anmutende Postulat wird jedoch von vielen SozialwissenschaftlerInnen bezweifelt.

So zog der Politologe Ernst-Otto Czempiel (1993) aus den Transformationen der Weltpolitik nach dem Ende der bipolaren Weltordnung das Fazit, dass eine neue Trias von Staatenwelt, Wirtschaftswelt und Gesellschaftswelt besteht, jedoch keine Weltgesellschaft.

PolitikwissenschaftlerInnen aus dem Bereich der internationalen Beziehungen beschäftigen sich mit der zunehmenden Verflechtung nationalstaatlich organisierter Gesellschaften und analysieren etwa das Entstehen einer transnational vernetzten und agierenden Zivilgesellschaft, welche nicht zuletzt bei den zahlreichen Weltkonferenzen der Vereinten Nationen eine populäre – da medial gut vermarktbar – Rolle spielen. Basierend auf ihren empirischen Ergebnissen gehen sie jedoch allenfalls von der Emergenz einer Weltgesellschaft aus.

Die Vorstellung einer existierenden Weltgesellschaft wird von VertreterInnen der „realistischen Schule“ der Internationalen Beziehungen ebenso als eine idealistische Fata Morgana angesehen wie das Konzept von *Global Governance* oder die Vision eines Weltstaates, in welcher der Diskurs über Weltgesellschaft, besonders bei politischen PhilosophInnen, häufig mündet (vgl. Lutz-Bachmann/Bohman 2002). Diese „RealistInnen“ halten an ihrem Dogma fest, dass die Nationalstaaten weiterhin allein relevante Akteure im Ringen um Macht und Einfluss und der weltweiten Konkurrenz um Ressourcen sind. Ihre Annahmen negieren das Faktum, dass strukturelle Veränderungen des internationalen Systems mit einer Reduzierung der Rolle von Nationalstaaten bereits eine Realität sind.

Niklas Luhmann hat sich – im Unterschied zu Immanuel Wallerstein, der im Kontext seines Weltsystems den Gesellschaftsbegriff ausdrücklich vermeidet, ebenso wie Ulrich Beck, der von einer zusätzlichen globalen Makroordnung oberhalb der Gesellschaften ausgeht – zur Begriffsentscheidung von Gesellschaft anders verhalten. Er baute seine Gesellschaftstheorie auf anschlussfähige Kommunikation auf weltweit

grenzüberschreitenden Verkehr auf. Seine Kernthese von der Singularität der Weltgesellschaft bedeutet, sich radikal vom Plural des Gesellschaftsbegriffs abzuwenden. Dies führte zu einer grundlegenden Kontroverse in den Diskursen zu Weltgesellschaft und zu zwei widerstreitenden Denktraditionen. Wie auch immer man zur radikalen Kernthese der Systemtheorie stehen mag: Der Terminus der Weltgesellschaft rückt im Unterschied zu den Ansätzen der realistischen Schule und zum Begriff der Globalisierung – und auch im Gegensatz zu den Konzepten eines Weltsystems oder einer Weltökonomie – den Bereich der Gesellschaft in den Fokus der Untersuchung. Dies allein stellt bereits eine markante analytische Trennlinie dar.

Weltgesellschaft und das (fehlende) Wir-Gefühl

Implizit oder explizit wird das soziologische Konstrukt der Weltgesellschaft häufig aufgrund sozio-ökonomischer Fragmentierungen, machtpolitischer Konstellationen und kultureller Differenzierungen in Frage gestellt. Wenn soziale Integration und Kohäsion als Kernelemente jedweder Gesellschaft angesehen werden, dann wird Weltgesellschaft als eine realitätsferne Vision interpretiert. In politischer und ökonomischer Hinsicht ist die Kluft zwischen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Zentren und Peripherien derart groß, dass auch hier der Begriff nicht ohne Vorbehalt verwendet werden kann.

WeltgesellschaftstheoretikerInnen halten diesen Einwänden entgegen, dass in der Menschheitsgeschichte kein Gesellschaftssystem ohne sozio-ökonomische Fragmentierung und politische Exklusionen existiert habe. Auch nationale Gesellschaften sind von immensen sozio-ökonomischen Fragmentierungen gekennzeichnet. Diese Prämisse kann ebenso auf die weltgesellschaftliche Makroebene projiziert werden. In diesem Sinne sind weder weltweite sozio-ökonomische Polarisierungen noch das Fehlen von gemeinschaftlichen Wir-Gefühlen oder die Nicht-Existenz eines globalen Gesellschaftsvertrages hinreichenden Argumente, um die Existenz einer Weltgesellschaft grundsätzlich in Frage zu stellen. Mit dem Ausdruck der „fragmentierten Weltgesellschaft“ können auch Verbindungen über die Polarisierung zwischen weltpolitischen Zentren und Peripherien angedacht werden (vgl. Brunkhorst/Costa 2005). Die Weltsystemtheorie trägt mit ihrer Erklärung, indem sie auch Peripherien und Semiperipherien in einen globalen Systemzusammenhang einordnet, ebenso zu dieser Verbindung bei. Nicht zuletzt befördert auch die digitale

Revolution die grenzenlose Kommunikation und verringert langsam aber kontinuierlich das Zentrum-Peripherie-Gefälle. Eine Exklusion kann hier mit dem Ausdruck einer „fragmentierten Weltgesellschaft“ nur rudimentär aufgefangen werden, da auch periphere Gebiete durch vielfältige Netzwerke mit den Zentren verbunden sind.

Es sind vor allem Argumente wie das Fehlen eines globalen Gesellschaftsvertrages mit einem Minimum an „Wir-Gefühlen“, der auch sozial fragmentierte Gesellschaften zusammenhalten kann, die gegen die Existenz einer Weltgesellschaft angeführt werden. Diesen können folgende Überlegungen entgegengesetzt werden: Die globalen Dimensionen und Dynamiken zahlreicher gesellschaftlicher Bereiche, die zunehmenden transnationalen Interdependenzen sozialer Handlungsfelder, weltweit agierende privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche AkteureInnen sowie soziale Vernetzungsaktivitäten durch digitale Informations- und Kommunikationstechnologien sind Belege dafür, dass die gleichsam in einem Spinnennetz miteinander verwobenen nationalen Gesellschaften nicht mehr, wie klassische soziologische Definitionen von Gesellschaft suggerieren, das „umfassendste System menschlichen Zusammenlebens“ darstellen.

Bausteine eines globalen Gesellschaftsvertrages

In den Diskursen über die Weltgesellschaft ist die globale Strukturpolitik ein marginalisiertes Thema. Diese kann jedoch mit Hilfe von geeigneten Instrumenten globale Krisen entschärfen, die in der „Weltrisikogesellschaft“ bestehen und die Stabilität der Weltgesellschaft bedrohen. Wenn politische Bereiche wie die Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Handels- und Finanzpolitik in eine kohärentes Gesamtkonzept einer globalen Strukturpolitik integriert würden, könnte sie durch die Verringerung der Kluft zwischen weltpolitischen Zentren und Peripherien sowie der sozio-ökonomischen Disparitäten die strukturellen Voraussetzungen für eine weniger fragmentierte Weltgesellschaft schaffen.

Die von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zur Jahrtausendwende verabschiedeten Millennium-Entwicklungsziele mit der dort postulierten weltweiten „Entwicklungspartnerschaft“ können – ebenso wie die bei zahlreichen Weltkonferenzen verabschiedeten Aktionsprogramme und die Agenda der Sicherstellung globaler öffentlicher Güter zum Nutzen und Wohlergehen der Menschheit – als grundlegende Elemente eines globalen Gesellschaftsvertrages aufgefasst und interpretiert werden.

Andere wesentlichen Bausteine eines globalen Gesellschaftsvertrages sind die zunehmende Verrechtlichung der internationalen Beziehungen in Richtung *Global Governance* (vgl. Zangl/Zürn 2004) und auch global operierende Unternehmen, welche sich verstärkt an den international vereinbarten Regeln der *Corporate Social Responsibility* orientieren. Gemeinsam mit den universell geltenden und völkerrechtlich kodifizierten Menschenrechten und dem internationalen Vertragsrecht bilden diese das Fundament einer universellen Rechtsgemeinschaft, die zum Funktionieren einer Weltgesellschaft beiträgt.

Die Weltgesellschaft: eine soziologische Herausforderung der Gegenwart

Das Spektrum der Weltgesellschaftskonzepte stellt ein „Universum konzeptioneller Debatten“ (Wobbe 2000: 79) dar, die vorwiegend getrennt voneinander verliefen. Beiträge, die nur Fragmentierungen des Sozialen betonen, lassen sicherlich keine Romantisierung einer akademischen Fata Morgana zu, andererseits belegen zahlreiche und vielfältige Tendenzen in allen Lebensbereichen globale Vergesellschaftungsprozesse und kein ernstzunehmender wissenschaftlicher Diskurs kann diese außer Acht lassen.

Trotz der Verschiedenheit der theoretischen Prämissen und empirischen Erkenntnisse sind sich alle Weltgesellschaftstheorien in dem Grundsatz einig, dass eine fundierte Analyse gesellschaftlicher Veränderungsprozesse den Rekurs auf einen globalen Kontext verlangt. Dies bedeutet nicht zuletzt auch den von Ulrich Beck (2002: 84ff.) konstatierten „methodologischen Nationalismus“ zu überwinden. Gesellschaftstheorien müssen nicht zu jenem analytischen Ergebnis kommen, den die systemtheoretischen WissenschaftlerInnen mit ihrer Kernthese der Singularität der Weltgesellschaft gezogen haben, aber jene sozialwissenschaftlichen Theoretiktraditionen, die noch immer nationalstaatlich organisierte Gesellschaften getrennt von weltgesellschaftlichen Zusammenhängen analysieren, werden den sozialen Realitäten der Gegenwart nicht gerecht.

„Die Bindung des Gesellschaftsbegriffs an den Nationalstaat hat lange Zeit verhindert, die soziale Welt in ihrer Gesamtheit als Einheit und eigenständigen Untersuchungsgegenstand zu denken. Ansätze dazu gab es zwar immer wieder, aber offensichtlich fiel es schwer, den letzten Schritt zu tun und den globalen Zusammenhang als etwas zu begreifen, das mehr und etwas anderes ist als die Summe der Nationalstaaten und deren Beziehungen“ (Greve/Heintz 2005: 89).

Eine Weltgesellschaft ohne sozio-ökonomische Fragmentierungen ist eine Wunschvorstellung, keineswegs jedoch Realität. Basierend auf dieser Annahme ist aus einem Plural einzelner Gesellschaften bis dato noch nicht die singuläre Weltgesellschaft entstanden. Basierend auf der gesellschaftstheoretischen Prämisse der Systemtheorie, in welcher sich Gesellschaft über Kommunikation bildet, ist sie aber bereits Realität. Dazwischen liegen unzählige gesellschaftstheoretische Positionen, die verschiedene Aspekte betonen. Wie verschieden auch immer die Zugänge sein mögen, eines ist unbestreitbar: In der Gegenwart davon auszugehen, dass sich soziale Phänomene in ausreichendem Maße über nationalstaatliche Kontexte analysieren lassen, ist ein museales Vorgehen. Diesen Anachronismus pflegen nicht zuletzt jene, die in ihren Analysen technologische Entwicklungen der digitalen Informations- und Kommunikationsstruktur und dabei entstehende neue Formen des Sozialen außer Acht lassen. In diesem Sinne kann Niklas Luhmann als visionärer Vordenker angesehen werden.

Für die soziologische Disziplin stellt die Orientierung an der Welt als weltgesellschaftlichem und globalem Raum eine Novität und auch eine Herausforderung in theoretischer und methodischer Hinsicht dar. So erfordert die durch Globalisierungsprozesse reduzierte Rolle von nationalstaatlichen Gesellschaftsmodellen eine Erweiterung oder eventuell sogar eine vollständige Revision soziologischer Theorien und Konzepte. Dies wirft wiederum Fragen nach transnationalen Einheiten einer Vergesellschaftungsform auf, die nicht mehr als nationalstaatlich verfasste vorausgesetzt werden kann. Die empirische Beschäftigung mit transnationalen Feldern und Konfigurationen erfor-

dert das analytische Überdenken von Modellen und Konzepten. Für die soziologische Theorie und Empirie kann das Umgehen mit globalen Strukturen, Prozessen und Handlungsfeldern als eine der komplexesten wissenschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart angesehen werden.

Veronika Wittmann

Zentrum für soziale und interkulturelle Kompetenz
JKU Linz

Literatur

Beck, Ulrich 2002: Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Frankfurt/M.
 Beck, Ulrich 2007: Weltrisikogesellschaft. Frankfurt/M.
 Brunkhorst, Hauke/Costa, Sergio (Hrsg.) 2005: Jenseits von Zentrum und Peripherie. Zur Verfassung der fragmentierten Weltgesellschaft. München/Mering.
 Czempel, Ernst-Otto 1993: Weltpolitik im Umbruch. 2. Aufl., München.
 Gerhardt, Volker 1995: Immanuel Kants Entwurf Zum ewigen Frieden. Darmstadt.
 Greve, Jens/Heintz, Bettina 2005: Die "Entdeckung" der Weltgesellschaft. In: Bettina Heintz/Richard Münch/Hartmann Tyrell (Hrsg.): Weltgesellschaft. Zeitschrift für Soziologie. Sonderheft. Stuttgart, S. 89-119.
 Habermas, Jürgen 1998: Die postnationale Konstellation. Frankfurt/M.
 Küng, Hans 1997: Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft. München.
 Luhmann, Niklas 1975: Die Weltgesellschaft. In: Soziologische Aufklärung 2. Auflage, Opladen, S. 51-71.
 Lutz-Bachmann, Matthias/Bohman, James (Hrsg.) 2002: Weltstaat oder Staatenwelt? Für und Wider die Idee einer Weltrepublik. Frankfurt/M.
 Messner, Dirk 1999: Strukturen und Trends der Weltgesellschaft. In: Ingomar Hauchler/Dirk Messner/Franz Nuscheler (Hrsg.): Globale Trends 2000. Frankfurt/M., S. 45-76.
 Meyer, John W. u.a. 2005: Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen. Frankfurt/M.
 Seitz, Klaus 2002: Bildung in der Weltgesellschaft. Gesellschaftstheoretische Grundlagen Globalen Lernens. Frankfurt/M.
 Stichweh, Rudolf 2000: Die Weltgesellschaft. Frankfurt/M.
 Tyrell, Hartmann 2005: Singular oder Plural – Einleitende Bemerkungen zu Globalisierung und Weltgesellschaft. In: Bettina Heintz/Richard Münch/Hartmann Tyrell (Hrsg.): Weltgesellschaft. Zeitschrift für Soziologie. Sonderheft. Stuttgart, S. 1-50.
 Wallerstein, Immanuel 1974: The Modern World-System: Capitalist Agriculture and the Origins of the European World Economy in the Sixteenth Century. New York.
 Wobbe, Theresa 2000: Weltgesellschaft. Bielefeld.
 Zangl, Bernhard/Zürn, Michael (Hrsg.) 2004: Verrechtlichung – Baustein für Global Governance?, Bonn.

Trauer um Jörg Huffschmid

Am Samstag, dem 5. Dezember 2009 ist der deutsche Ökonom Jörg Huffschmid im 70. Lebensjahr gestorben. Er leitete bis 2005 das Institut für Europäische Wirtschaft, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Universität Bremen und war Gründungsmitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe). Huffschmid hat die globalisierungskritische Bewegung von Beginn an unterstützt. Er war Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland und er hat den Alternativen Ecofin, der erstmals 2006 in Wien stattfand, wesentlich mitkonzipiert und organisiert.

Arbeitsfähigkeit erhalten – Invalidität verhindern

Oft ist von der „Flucht in die Invaliditätspension“ die Rede, oder vom „Schlupfloch Berufsunfähigkeitspension“. Die Daten des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger zeigen aber, dass Österreich keineswegs ein Land der Frühpensionist/innen ist. Dennoch gilt es laut Arbeiterkammer, durch mehr Rehabilitation und gezielte Qualifikation die Arbeitsfähigkeit von mehr Menschen zu erhalten und so die Zahl der Berufsunfähigkeitspensionen zu verringern.

In der Pensionsversicherung der Unselbstständigen wurden im Jahr 2008 von den 66.980 Neuanträgen 56,7 Prozent abgelehnt und nur 38,3 Prozent bewilligt. Daran kann man erkennen, wie restriktiv die Zuerkennung einer Invaliditätspension gehandhabt wird und wie streng die Anwendung des Pensionsrechts bei den Unselbstständigen erfolgt. Demgegenüber sind in der Pensionsversicherung der Selbstständigen im Jahr 2008 von 6.332 Neuanträgen 73,3 Prozent positiv erledigt worden. Nur 18,7 Prozent der Anträge wurden abgelehnt.

Unter der Armutsschwelle

Die Höhe der Pensionen aus gesundheitlichen Gründen ist alles andere als attraktiv. Während im Jahr 2008 jede zweite zuerkannte Alterspension für Männer zu 50 Prozent unter 1.998 Euro und für Frauen unter 915 Euro liegt (im Durchschnitt 1.353 Euro), macht eine Invaliditätspension bei 50 Prozent der Männer weniger als 1.058 Euro und bei Frauen weniger als 659 Euro (im Durchschnitt 864 Euro) aus.

Nur Rechte verhindern Unrecht

Die Selbstorganisation von SexarbeiterInnen in Österreich sowie Beratungsstellen fordern in einer Aussendung das Ende der Kriminalisierung und gesellschaftlichen Marginalisierung dieser Personengruppe.

Der 17. Dezember wird weltweit als Tag gegen Gewalt an SexarbeiterInnen (*International Day to End Violence*

Against Sex Workers) begangen. Am 17. Dezember wurde ursprünglich der Opfer des „Green River-Mörders“ gedacht, der in den 1980er und 1990er Jahren in den USA über 90 Frauen ermordete. Die meisten der Opfer waren Sexarbeiterinnen und es dauerte 20 Jahre, bis der Mörder verurteilt wurde. Seit 2003 wird der 17. Dezember mit Demonstrationen, Gedenkveranstaltungen und Mahnwachen weltweit als Aktionstag begangen, um auf die Gewaltverbrechen aufmerksam zu machen, die gegenüber SexarbeiterInnen begangen werden und durch die Stigma-

Mehr Präventionsmaßnahmen gefordert

Die Arbeiterkammer fordert, dass schon frühzeitig mit Maßnahmen der Gesundheitsprävention und der Rehabilitation begonnen wird, am besten bereits am Arbeitsplatz. Vor allem für ungelernete Arbeitskräfte müsse endlich mehr Rehabilitation bewilligt werden. Überhaupt müsse es einen Rechtsanspruch auf Rehabilitation geben. Im Fall von Problemen bei der Bewältigung der Anforderungen am Arbeitsplatz sollten Sozialversicherungsträger und das Arbeitsmarktservice intervenieren können, um ein Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt ohne realistische Chancen auf Wiedereingliederung von vornherein zu verhindern.

Für die gesundheitlich beeinträchtigten Arbeitnehmer/innen muss mehr Klarheit geschaffen werden, wie der Weg einer Rehabilitation verlaufen kann, wie Qualifikationsmaßnahmen aussehen und wie die finanzielle Absicherung für die Dauer dieser Maßnahmen gesichert wird. Hinsichtlich der ökonomischen Absicherung von Menschen in Rehabilitation soll nach Meinung der AK die Höhe des Übergangsgeldes derart gestaltet sein, dass Rehabilitation vom Einkommen her attraktiver ist als der Bezug einer Invaliditätspension.

Quelle: AK-Mediendienst Nr. 9776, 24.11.2009

begangen. Am 17. Dezember wurde ursprünglich der Opfer des „Green River-Mörders“ gedacht, der in den 1980er und 1990er Jahren in den USA über 90 Frauen ermordete. Die meisten der Opfer waren Sexarbeiterinnen und es dauerte 20 Jahre, bis der Mörder verurteilt wurde. Seit 2003 wird der 17. Dezember mit Demonstrationen, Gedenkveranstaltungen und Mahnwachen weltweit als Aktionstag begangen, um auf die Gewaltverbrechen aufmerksam zu machen, die gegenüber SexarbeiterInnen begangen werden und durch die Stigma-

tisierung und Kriminalisierung von SexarbeiterInnen verstärkt werden. (Weitere Informationen findet man unter: <http://www.swopusa.org/dec17/>)

Anlässlich dieses Aktionstages fordern die Selbstorganisation von SexarbeiterInnen und die Fachberatungsstellen in Österreich, konkret die Organisationen LEFÖ, maiz, sexworker.at, SXA-Info und die Aids-Hilfe Salzburg, ein Ende der Diskriminierung und gesellschaftlichen Marginalisierung von SexarbeiterInnen. Gewalt gegen SexarbeiterInnen äußere sich zwar auf der persönlichen Ebene, werde aber vor allem auch auf der strukturellen Ebene verursacht: durch die stigmatisierenden und diskriminierenden gesetzlichen Regelungen zur Ausübung der Prostitution und durch eine restriktive Migrationspolitik.

Doppelkriminal

Sexarbeit ist in Österreich gesetzlich zwar erlaubt und steuerpflichtig, wird aber nach der gültigen Rechtsprechung als sittenwidrig angesehen. SexarbeiterInnen werden Pflichten aufgebürdet, ihre Rechte werden aber ignoriert und durch die gesetzliche Regelung und ihre Umsetzung ständig verletzt. Dazu gehören das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person (Art. 3, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte), das Recht auf Arbeit, freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen (Art. 23, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte) und das Recht auf gleichen Schutz durch das

Gesetz (Art. 7, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte). Diese österreichische Doppelkriminal sei Ausdruck einer gesellschaftlichen und politischen Diskriminierung von SexarbeiterInnen, die zu lebensgefährlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen führt, monieren die aussendenden Organisationen.

Die staatliche Kontrolle, Registrierung und Zwangsuntersuchung von SexarbeiterInnen widerspricht ihres Erachtens der internationalen Menschenrechtsgesetzgebung und schafft eine diskriminierende und schikanöse Realität für SexarbeiterInnen. Ständige Kontrollen, Arbeitsverbote, Abschiebungen, Missachtungen des Datenschutzes, Verletzungen der Privatsphäre und beleidigende und herabwürdigende Behandlungen seien Ausdruck dieser problematischen Haltung, die den Schutz der Rechte von SexarbeiterInnen vernachlässige.

Die hier zum Ausdruck kommende politische Haltung sei insofern nicht menschenrechtskonform. SexarbeiterInnen sind Frauen, Männer und Transgender-Personen, denen uneingeschränkt alle Menschenrechte zustehen. Nur Rechte verhindern Unrecht, wird abschließend betont.

Quelle: Presseaussendung der Organisationen LEFÖ, maiz, sexworker.at, SXA-Info und Aids-Hilfe Salzburg, 17.12.2009

Lebensraum Stadt ist wieder gefragt

Österreichs Städte punkten mit ihrer gut ausgebauten Infrastruktur im Bildungs-, Gesundheits- und Kulturbereich. Beweggründe, um in die Stadt zu ziehen, sind meist Arbeit und Ausbildung sowie die erhoffte Steigerung der Lebensqualität. Die Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz- und Lehrstellenangebot ist jedoch vor allem in Kleinstädten eher gering.

„Die Vorzüge des Stadtlebens liegen auf der Hand: Österreichs Ballungszentren bieten eine hohe Lebensqualität, dazu gehören ein ausgezeichnetes Angebot an guten Arbeitsplätzen und auch bessere Aufstiegschancen für die BürgerInnen,“ erklärte Thomas We-

ninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, bei einer Pressekonferenz in Wien Anfang Dezember. Er kommentierte damit die Ergebnisse der Studie „*Städtebarometer*“, die das SORA-Institut im Auftrag des Städtebundes dieses Jahr durchgeführt und nun aktuell in einer zusätzlichen Umfrage das „*Lebensgefühl in Österreichs Städten*“ abgefragt hat.

Städte setzen als Standorte von Arbeitsplätzen oder Ziele des Tourismus nicht nur Impulse für die Wirtschaft, sondern sind darüber hinaus mit ihrer Infrastruktur, wie Bildungs- Gesundheits- und Kultureinrichtungen, von zentraler Bedeutung für große Einzugsgebiete. Gemäß der vom Österreichischen Städtebund in Zusammenarbeit mit Statistik Austria herausgegebenen Publikation „*Österreichs Städte in Zahlen 2009*“ (siehe Kasten) sind die Stadtregionen zwischen 2001 und 2009 um 6,2 Prozent gewachsen, die großen Städte sogar um 6,4 Prozent.

„Wir können davon ausgehen, dass Städte in Zukunft eine weit größere Rolle spielen werden als bisher. 60 Prozent der EinwohnerInnen der EU leben heute in Städten mit mehr als 50.000 EinwohnerInnen. In Österreich leben 45 Prozent der Bevölkerung in einer der 73 österreichischen Städte mit 10.000 und mehr EinwohnerInnen. Österreich wird sich dem Trend „Hinein in die Stadt“ weiterhin nicht entziehen können. Die größten Zuwachsraten wird es in den städtischen Räumen Wien, Linz, Graz, Salzburg und Innsbruck sowie dem städtischen Raum im Rheintal, also Bregenz, Dornbirn, Hohenems und Feldkirch geben“, sagte Weninger.

Spürbarer demografischer Wandel

Die Publikation „Österreichs Städte in Zahlen“ dokumentiert den Wandel in der demografischen Zusammensetzung der urbanen Bevölkerung: In vielen Regionen ist die Zahl bzw. der Anteil der Kinder und Jugendlichen gesunken, während die Bevölkerung im Pensionsalter zahlen- und anteilmäßig stark an Gewicht gewonnen hat. Die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 64 Jahren hat in den letzten Jahren vor allem durch Zuwanderung aus dem In- und Ausland starke Zuwächse verzeichnet. Die höchsten Anteile an Kindern und Jugendlichen registrierten 2008 Lustenau (25,5%) und Telfs (25,2%), die wenigsten unter 19-Jährigen gab es in Köflach (16,7%). Demgegenüber lebten in Knittelfeld mit 3,8 Prozent und Lienz mit 3,4 Prozent anteilmäßig die meisten über 85-Jährigen, den geringsten Bevölkerungsanteil dieser Altersgruppe hatte Traiskirchen mit 1,0 Prozent.

„Die finanzielle Belastung der Städte und Gemeinden durch den demografischen Wandel steigt enorm an und führt zu finanziellen Engpässen“, machte Thomas Weninger anlässlich der Präsentation des Berichts auf

die ernstzunehmende Situation aufmerksam und verwies auf eine Studie des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung, wonach sich die Einnahmen und Ausgaben von Städten und Gemeinden abhängig von deren Bevölkerungsdemografie entwickeln. Stark wachsende Städte und Gemeinden verzeichnen höhere Einnahmen und Ausgaben. Interessant ist dabei, dass auch schrumpfende Gemeinden trotz rückgängiger Bevölkerung keine wesentlichen Ausgabenrückgänge aufweisen. Der Österreichische Städtebund fordert eine höhere finanzielle Beteiligung des Bundes an den sozialen Ausgaben, insbesondere auch im Bereich der Seniorenarbeit und Pflege. „Im Regierungsprogramm der aktuellen Bundesregierung ist die Einrichtung eines Pflegefonds vorgesehen.“ Dies sei „ein Ansatz in die richtige Richtung“, meint Thomas Weninger.

Kommunale Budgets entwickeln sich negativ

„Überwunden ist die Wirtschaftskrise noch lange nicht. Trotz steigender Börsenkurse befinden sich die Städte noch immer in einer prekären finanziellen Lage. Städte sind daran interessiert, die Daseinsvorsorge zu gewährleisten – doch finanziell wird es von Jahr zu Jahr immer schwieriger, diese bereitzustellen. Aus diesem Grund fordern Österreichs Städte das Ende der schleichenden Aushöhlung des Finanzausgleichs mittels Verlagerungen von Aufgaben ohne ausreichende Mittel“, so Weninger weiter.

Einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor bildet der Städtetourismus (v.a. Landeshauptstädte und Wien), der in den letzten zehn Jahren einen durchschnittlichen jährlichen Nächtigungszuwachs von 3,1 Prozent verzeichnete. Im selben Zeitraum wuchs der Tourismus in Österreich insgesamt jährlich nur um durchschnittlich 1,3 Prozent. Großereignisse wie beispielsweise die Euro 2008, das Mozart- oder

Österreichs Städte in Zahlen

„Österreichs Städte in Zahlen“ ist ein Kooperationsprojekt des Österreichischen Städtebundes und der Bundesanstalt Statistik Österreich. Die Publikation ersetzt seit 2007 das „Statistische Jahrbuch Österreichischer Städte“, das seit dem Berichtsjahr 1950 über demographische, ökonomische, ökologische und soziale Aspekte der Städte mit mehr als 5.000 EinwohnerInnen berichtet.

In der aktuellen Publikation finden sich, geglie-

dert in fünf Schwerpunktkapitel, u.a. aktuelle Zahlen über die Bevölkerungsentwicklung, Unterricht und Kultur sowie zu Verkehr, Tourismus und zur Finanzgebarung. Wichtige kommunale Aufgaben, wie die Wasserversorgung und die Entsorgung von Abfall und Abwasser, werden ebenso behandelt wie Sozial- und Freizeiteinrichtungen.

Die Publikation „Österreichs Städte in Zahlen 2009“ kann von der Homepage des Städtebundes <<http://www.staedtebund.gv.at>> heruntergeladen werden.

das Haydn-Gedenkjahr sorgen ebenso für steigende Nächtigungszahlen in den betroffenen Städten wie die Landrechte für sogenannte „Low Cost Airlines“ auf den österreichischen Flughäfen.

Gut ausgebauter Bildungsinfrastruktur

„Die Einführung des beitragsfreien Kindergartens im Herbst 2009 setzte nicht nur einen bildungspolitischen Meilenstein, sondern trug auch maßgeblich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei.“ Dieser Schritt ist für Städtebund-Generalsekretär Weninger „ein ganz zentraler Schlüssel zur Erreichung von frauen- aber auch arbeitsmarktpolitischen Zielen.“

An den rund 1.950 Kindergärten der 73 größeren Städte standen 2008/09 fast 124.800 Betreuungsplätze zur Verfügung, die von 87.700 Kindern in Anspruch genommen wurden. 59 Prozent aller Betreuungsplätze wurden von öffentlichen Kindergärten angeboten. 38 Prozent aller Kinder, die heuer erstmals den Kindergarten besuchten, waren mit nicht deutscher Muttersprache. Daneben waren in über 700 Kinderkrippen mehr als 13.000 Kinder untergebracht. Neben den Kindertagesheimen gab es in den großen Städten 2.300 allgemein- und berufsbildende Schulen mit mehr als 660.000 SchülerInnen, 235 Fachhochschul-Studiengänge und 32 Universitäten mit insgesamt fast 241.000 Studierenden.

Motive, um in der Stadt zu leben

Soweit die Faktenlage. Aber wie groß ist die Zufriedenheit der BewohnerInnen mit dem kommunalen Angebot? Dies erhob die Studie „Städtebarometer“, die mittels einer Kombination von Faktorenanalyse und multipler Regression zentrale Einflussfaktoren auf die Lebenszufriedenheit von StadtbewohnerInnen zu identifizieren versuchte.



Foto: hs

„Beweggründe, um in die Stadt zu ziehen, sind meist Arbeit und Beruf, Bildung und Ausbildung sowie die Steigerung der Lebensqualität allgemein, aber auch private Gründe wie z.B. die Gründung eines gemeinsamen Haushaltes,“ konstatierte der SORA-Geschäftsführer Günther

Ogris bei der Präsentation der Studie. Das Angebot an (guten) Arbeitsplätzen bzw. Lehrstellen ist nicht nur ein wesentliches Zuwanderungsmotiv in den städtischen Raum, sondern stellt mit dem damit erhofften sozialen Aufstieg einen wesentlichen Bestandteil des Lebensgefühls in Österreichs Städten dar, ergab die Untersuchung.

Die UmfrageteilnehmerInnen - 1.050 über 16-jährige EinwohnerInnen von Mitgliedergemeinden des Österreichischen Städtebundes - wurden weiters nach ihrer Zufriedenheit mit dem Angebot an Arbeitsplätzen und Bildung in ihrer Wohngemeinde befragt: Mit zunehmender Gemeindegröße nimmt der Anteil an Befragten, die mit den Arbeitsplätzen allgemein zufrieden sind, zu. Den höchsten Anteil an Zufriedenen stellen WienerInnen mit 61 Prozent. Unter Frauen in Kleinstädten herrscht demgegenüber mit 32 Prozent die geringste Zufriedenheit mit den Arbeitsplätzen allgemein.

Befragt nach der Zufriedenheit mit „guten Arbeitsplätzen“ in der Wohngemeinde, antworteten insgesamt 26 Prozent der Befragten, dass sie zufrieden sind. Die höchste Zufriedenheit herrscht mit 36 Prozent unter männlichen Großstadtbewohnern, gefolgt von Wienern mit 32 Prozent und Wienerinnen mit 31 Prozent. Die geringste Zufriedenheit mit guten Arbeitsplätzen in der Wohngemeinde herrscht unter KleinstadtbewohnerInnen (16%). In Kleinstädten sowie Großstädten sind mit 26 Prozent zu 16 Prozent und 36 Prozent zu 23 Prozent Männer deutlich häufiger zufrieden als Frauen (vgl. Tabelle 1).

Der Anteil an Befragten, die mit dem Angebot an Lehrstellen bzw. Lehrwerkstätten in der Wohngemeinde zufrieden sind, liegt insgesamt bei 32 Prozent. Unabhängig von der Größe der Wohngemeinde sind Bewohner mit dem Lehrstellenangebot zufriedener als Bewohnerinnen. Am deutlichsten wird diese Differenz in Großstädten: ein Drittel der Bewohner und rund ein Viertel der Bewohnerinnen sind mit dem Angebot an Lehrstellen in ihrer Heimatgemeinde zufrieden. Mit 41 Prozent bzw. 38 Prozent sind WienerInnen häufiger zufrieden als die BewohnerInnen anderer österreichischer Städte und Gemeinden.

Zufriedenheit mit Bildungsangebot

Die überwiegende Mehrheit (85%) der Befragten ist mit dem Angebot an Pflichtschulen in der Heimatgemeinde zufrieden. Mit 94 Prozent sind Kleinstadtbewohnerinnen häufig zufriedener als Kleinstadtbewohner. In Großstädten ist der Anteil an zufriedenen (männlichen) Bewohnern höher (87% zu 78%).

Tabelle1: Zufriedenheit mit Angebot an Arbeit und Bildung nach Gemeindegröße und Geschlecht

	M/ Klein- stadt	W/ Klein- stadt	M/ mittl. Stadt	W/ mittl. Stadt	M/ Groß- stadt	W/ Groß- stadt	M/ Wien	W/ Wien	Gesamt
mit Arbeitsplätzen allg.	46	32	47	44	53	42	58	61	48
mit guten Arbeitsplätzen	26	16	23	26	36	23	32	31	26
mit Lehrstellen	30	23	36	29	33	24	41	38	32
mit Pflichtschulen	87	94	86	83	87	78	80	81	85
mit höheren Schulen	55	59	80	74	78	74	79	77	70
mit Weiterbildungsmöglichkeiten	39	37	56	61	74	66	74	73	58
mit sozialen Aufstiegschancen	34	36	53	48	61	52	66	65	51

Quelle: SORA, Angaben in %, Nennungen sehr und ziemlich zufrieden, n=1054.

70 Prozent der Befragten geben an, dass sie mit dem Angebot an höheren Schulen in ihrer Wohngemeinde zufrieden sind. Auffallend gering ist die Zufriedenheit unter KleinstadtbewohnerInnen: 55 Prozent der Bewohner und 59 Prozent der Bewohnerinnen sehen das Angebot an höheren Schulen positiv. In größeren Städten sind es rund 80 Prozent. Bewohnerinnen sind mit 74 Prozent etwas weniger mit dem Angebot an höheren Schulen in ihrer Wohngemeinde zufrieden. Der Zufriedenheitsanteil beträgt unter WienerInnen rund 80 Prozent.

Insgesamt 58 Prozent der Befragten sind mit den Weiterbildungsmöglichkeiten in ihrer Wohngemeinde zufrieden. In größeren Städten und in Wien geben rund 70 Prozent der BewohnerInnen an, dass sie diesbezüglich zufrieden sind. In mittelgroßen Städten sind es rund 60 Prozent. Die geringste Zufriedenheit herrscht unter KleinstadtbewohnerInnen mit 39 bzw. 37 Prozent. Die Zufriedenheit der Befragten mit den sozialen Aufstiegschancen in der Wohngemeinde liegt mit 51 Prozent etwas unter der Zufriedenheit mit den Weiterbildungsmöglichkeiten. Mit zunehmender Stadtgröße nimmt die Zufriedenheit der BewohnerInnen mit den sozialen Aufstiegschancen zu. In Kleinstädten geben mit 34 bzw. 36 Prozent am wenigsten Befragte an, dass sie diesbezüglich zufrieden sind. Mit 66 bzw. 65 Prozent ist der Zufriedenheitsanteil unter WienerInnen am höchsten. In Städten mittlerer Größe und Großstädten zeigen sich geschlechtsspezifische Differenzen: Mit 53 zu 48 Prozent bzw. 61 zu 52 Prozent sind Bewohner etwas zu-

friedener mit den sozialen Aufstiegschancen als Bewohnerinnen.

Die soziale Situation der BürgerInnen

Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist mit den Sozialkontakten (92%), der familiären Situation (90%), der Lebenssituation insgesamt (89%) sowie dem Gesundheitszustand (89%) zufrieden. 87 Prozent sind mit ihrer hauptsächlichen Tätigkeit in Beruf, Schule oder Haushalt zufrieden. Die Zufriedenheit mit den Freizeitaktivitäten insgesamt sowie mit der sozialen Sicherheit liegt unter den Befragten bei 82 bzw. 80 Prozent. Etwa drei Viertel der Befragten sind mit der finanziellen Situation ihres Haushalts zufrieden.

Annähernd 9 von 10 Befragten bescheinigen ihrer Stadt eine hohe Lebensqualität. Besonders zufrieden sind die StadtbewohnerInnen mit dem kulturellen Angebot sowie der Sauberkeit in den österreichischen Städten. Zudem werden diesen in hohem Ausmaß die Attribute umweltfreundlich und seniorenfreundlich zugeschrieben sowie, dass ihre Heimatstadt sehr lebenswert ist. Die Meinungen, dass Österreichs Städte weltoffen sind und in diesen Städten „immer etwas los ist“ sowie dass diese „Chancen für Leute wie mich“ bieten, teilt ebenfalls eine deutliche Mehrheit der Befragten.

Das Sicherheitsempfinden in österreichischen Städten, auf öffentlichen Plätzen sowie im Straßenverkehr, kann als ausgesprochen hoch bezeichnet wer-

den. Das subjektive Sicherheitsgefühl sinkt jedoch hinsichtlich öffentlicher Plätze bei Nacht – ein Drittel der Befragten fühlt sich hier unsicher.

Mehrheit für kommunale Dienstleistungen in öffentlicher Hand

Die überwiegende Mehrheit der befragten BewohnerInnen österreichischer Städte ist der Meinung, dass kommunale Dienstleistungen nicht an private Anbieter ausgelagert werden sollen. Am stärksten lässt sich diese Präferenz bei der Trinkwasserversorgung, den Gesundheitseinrichtungen, den Sozialen Diensten sowie der Müllentsorgung ablesen. Über 80 Prozent wollen, dass spezifische Dienstleistungen in diesen Bereichen in der Hand der Gemeinde bleiben.

Unterstützung junger MigrantInnen bei der Jobsuche

Das Projekt WELCOME JUGEND des AMS Oberösterreich bietet jungen Menschen mit Migrationshintergrund in Linz gezielte Unterstützung in Form von Deutschkursen und Bewerbungstrainings an.

Für insgesamt 300 junge Menschen im Alter von 18 bis 25 Jahren stehen Kursplätze zur Verfügung. Die TeilnehmerInnen setzen sich aus den unterschiedlichsten Nationalitäten und Bildungsniveaus zusammen. So werden derzeit MigrantInnen aus 22 Ländern von Afghanistan bis Vietnam bei WELCOME JUGEND betreut – vom Pflichtschulabsolventen bis zur AHS-Abgängerin.

Die Projektleiterin, Christina Yeprem, streicht im Besonderen die hohe Motivation der jungen Arbeitssuchenden sowie deren freundschaftlichen Umgang miteinander heraus: Die TeilnehmerInnen würden einander wertschätzend und hilfsbereit begegnen, sich trotz eingeschränkter Deutschkenntnisse gut verständigen und sich gegenseitig in hohem Maße unterstützen.

Größtes Handicap: mangelnde Sprachkenntnisse

Da mangelnde Deutschkenntnisse die größte Hürde bei der Arbeitsuche darstellen, werden die MigrantIn-

nen „Selbst bei Dienstleistungen, die bereits jetzt zum Teil öffentlich, zum Teil privat angeboten werden, wie etwa Kinderbetreuungseinrichtungen, Seniorenheime, Pflegeeinrichtungen, ist eine hohe Präferenz für die öffentliche Hand gegeben. Dies legt den Schluss nahe, das hier auch der Wunsch nach einer leistungsfähigen öffentlichen Hand, die Angebot und Preise in diesen Bereichen steuert, besteht“, sagte Städtebund-Vertreter Weninger abschließend.

Quellen: „Städtebund: Österreichs Städte sind Wirtschaftsmotor Nummer eins“ und „Städtebarometer: Das Lebensgefühl in Österreichs Städten“, Presseaus-sendungen des Österreichischen Städtebunds, Wien, 26.11. und 10.12.2009; www.sora.at

nen bei WELCOME JUGEND in „Deutsch als Fremdsprache“ unterrichtet, wobei die Vorkenntnisse der TeilnehmerInnen sehr unterschiedlich sind. Auch das Verstehen des österreichischen Dialekts fließt in die Sprachschulungen mit ein. Selbstverständlich ist die Ablegung der für die Erlangung der Niederlassungs- und Aufenthaltsbewilligung bzw. der österreichischen Staatsbürgerschaft vorgeschriebenen Deutschprüfungen Teil des Konzeptes.

Darüber hinaus nehmen die jungen Menschen an Berufsorientierungs- und Bewerbungstrainings teil, wo Bewerbungsunterlagen optimiert, Vorstellungsgespräche und Schnuppertage vereinbart und vorbereitet werden und somit die intensive Arbeitsuche im Vordergrund steht.

Erfreuliche Zwischenbilanz

Obwohl WELCOME JUGEND erst Ende Juni ins Leben gerufen wurde, gelang es bereits nach gut einem Monat, 17 TeilnehmerInnen eine Arbeitsstelle zu vermitteln. Die Dienstverhältnisse kamen großteils im Hilfs- und Anlernbereich zustande. Zahlreiche junge MigrantInnen streben allerdings eine Ausbildung an, wobei die Palette von der Lehre bis zur Teilnahme an kursmäßigen Ausbildungen – beispielsweise als HeimhelferInnen oder im Metall-Bereich – reichen.

Quelle: Welcome Jugend. AMS OÖ unterstützt junge MigrantInnen bei der Jobsuche. Medieninformation des AMS OÖ, 10.08.2009

Altern hat viele Gesichter

Ein umfassendes und präzises Bild der Lebenslagen im Alter vermittelt das Standardwerk „Die Berliner Altersstudie“. Die jetzt im Akademie Verlag erschienene dritte Auflage hat dieses Bild nun um eine entscheidende Facette erweitert: die individuelle Vielfalt des Alterns wird durch die fortlaufende Beobachtung der StudienteilnehmerInnen seit 1990 detailliert beschrieben. Die Momentaufnahmen der ersten Erhebung werden jetzt als Stationen individueller Pfade erkennbar.

Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft sind durch einen immer höheren Anteil alter und sehr alter Menschen geprägt. Die Berliner Altersstudie (BASE) ist weltweit einzigartig in der Breite des Spektrums der beteiligten Wissenschaften und der sowohl disziplinär als auch interdisziplinär bestimmten Untersuchungsgebiete, in dem Fokus auf das hohe Alter (70- bis über 100-Jährige) und in dem empirischen Bezug auf eine repräsentativ ausgewählte Stadtbevölkerung.

Der Band berichtet unter anderem über geistige Leistungsfähigkeit, Persönlichkeit und soziale Beziehungen im Alter, über körperliche Gesundheit, medizinische Versorgung und zahnmedizinischen Status, über psychische Erkrankungen wie Demenz und Depression, über soziale und kulturelle Aktivitäten und die wirtschaftliche Situation, über Alltagskompetenz, subjektives Wohlbefinden und Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Da seit den ersten Erhebungen 20 Jahre vergangen sind, in denen die damaligen StudienteilnehmerInnen bis zu sieben weitere Male befragt wurden, werden die damaligen Ergebnisse durch zwei Kapitel zur längsschnittlichen Fortführung der Berliner Altersstudie ergänzt. Der longitudinale BASE-Datensatz hat sich als fruchtbares Feld für vielseitige Analysen des Alternsprozesses, von inter- und intra-individuellen Unterschieden des Alterns und der kausalen Beziehungen zwischen Funktionsbereichen erwiesen.

Ulman Lindenberger, Jacqui Smith, Karl Ulrich Mayer, Paul B. Baltes (Hg.): Die Berliner Altersstudie 3. erweiterte Auflage 2010 Akademie Verlag, EUR 69,80 (D)

Kultur und Kreativität junger Migrantinnen

So genannte "Jugendliche mit Migrationshintergrund" werden häufig mit gesellschaftlichen und individuellen Problemen in Verbindung gebracht:

Armut, schlechte Bildung, Kriminalität, Perspektivlosigkeit. Migrantische Jugendliche - allesamt Sorgenkinder, Kostenfaktoren, Problemproduzenten?

Die vorliegende Publikation will mit diesem einseitigen Bild aufräumen, denn: Junge Leute aus Einwandererfamilien sind kreativ und kulturell produktiv. Sie profitieren von ihrem Migrationshintergrund. Er ist nicht nur Belastung und Konfliktstoff, sondern ermöglicht Lebensweisen und kulturelle Produktionen, die Nicht-MigrantInnen größtenteils abgehen. Er vermittelt spezifische Ressourcen und bildet umfangreiche Potenziale. Dass dies der Fall ist, nehmen Öffentlichkeit, Politik und Pädagogik bisher kaum wahr. Diese Ignoranz läuft Gefahr, migrantische Jugendliche in ein kulturelles Ghetto abzudrängen, trägt damit zu Prozessen der Selbstethnisierung bei und unterläuft so die inzwischen allerorts bekundete Integrationspolitik.

Die Zugehörigkeit zu zwei oder sogar mehreren Kulturen bedeutet zum einen eine lebenslange Aufgabe, die es zu bewältigen gilt, zum anderen aber auch eine riesige Chance, diese Vielfältigkeit für sich zu nutzen. Und dies tun viele Jugendliche engagiert und ideenreich, ob durch Musik, Tanz, Sport, politisches Engagement, bildende Kunst oder Lyrik.

In dem neuen, reich bebilderten und illustrierten Buch, erarbeitet von Studierenden der Hochschule Esslingen im Bereich Soziale Arbeit unter der Leitung von Professor Kurt Möller, kommen sie zu Wort.

Projektgruppe JugendArt: KanakCultures Kultur und Kreativität junger Migrantinnen Esslingen 2010, 204 Seiten, 68 Abbildungen EUR 15,00 (D)

Filme analysieren – Kulturen verstehen

Filme international anerkannter Regisseure oder international agierender Verleiher sind längst zu einem global konsumierten Produkt erwachsen. Doch können wir Filme, die aus uns fremden oder zumindest fernen Kulturen stammen, tatsächlich in ihrer Tiefe verstehen? Oder führen nicht gerade die kulturellen Diskrepanzen zu Missverständnissen in der Lesart dieser Filme? Am Beispiel des Films "Yojimbo" von Akira Kurosawa und dessen beiden Remakes aus Italien und Amerika zeigt die im Vorjahr in Buchform erschienene Studie von Evi Hallermayer, mit der sie sich an der Universität Augsburg promoviert hat, wie sich kulturelle Unterschiede in der Umsetzung des Stoffes widerspiegeln.

Der Film ist ein wirklichkeitsnahes Spiegelbild der Kultur, aus der er entspringt. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund relevant, dass Filme ein nicht unerhebliches Medium darstellen, wenn es um die Konstruktion von Realität, also unser aller Bild von Welt geht. Es gilt daher zu hinterfragen, ob Filme aus unterschiedlichen Kulturräumen bei einer globalen Verbreitung von kulturell unterschiedlichsten Rezipienten auch wirklich "verstanden" werden, oder ob nicht sogar große Missverständnisse über die jeweiligen Kulturen produziert werden.

Der Samurai-Film "Yojimbo" des japanischen Regisseurs Akira Kurosawa aus dem Jahr 1961 hat zwei berühmte Remakes hervorgebracht. 1964 setzte zunächst der Italiener Sergio Leone Stoff und Geschichte in dem Italowestern "Per un pugno di dollari" mit Clint Eastwood um. Über 32 Jahre später verpackte dann Walter Hill die Story in dem amerikanischen Actionfilm "Last Man Standing".

Die drei Filme betten dieselbe Geschichte in drei unterschiedliche Kontexte. Der im wahrsten Sinne bildliche Vergleich der Kulturräume wird dadurch umso anschaulicher. Die Räume und Filme sind so gewählt, dass einerseits signifikante kulturelle Differenzen aufgrund der Verschiedenheit der Kulturen erwartet werden können, andererseits die Vergleichbarkeit durch die konsekutive Abhängigkeit ermöglicht wird.

In den drei Filmen werden unter anderem Themen wie Sozialkritik und allgemeine gesellschaftliche Verwirrung, Freiheit und staatliche Ordnung aufgegriffen, familiäre Strukturen werden dargestellt, es geht um

normative Aspekte, etwa um die Typologie der Guten und der Bösen, um Moral und Menschlichkeit oder um die Darstellung von Helden und Frauen.

Hallermayer arbeitet heraus, dass dabei jenseits konkreter Themen auch die Darstellung in ihrer Bedeutung differiert, da sie kulturgebunden ist. Wo und in welcher Perspektive wer und was im Bild erscheint, wer in welcher Richtung auftritt und abgeht, welche Gegenstände was symbolisieren und wie schließlich die Erzählung selbst verläuft, um einen Aussagecharakter zu erzeugen, ist in hohem Maß abhängig von der Kultur, in der das konkrete filmische Produkt entsteht. Je größer die Differenzen zwischen den Kulturen sind, in denen Filme gedreht werden, desto größer sind auch die Differenzen zwischen diesen Filmen und desto weniger kann ihre Aneignung außerhalb ihres kulturellen Entstehungskontexts als "selbstverständlich" betrachtet werden. Missinterpretationen sieht Hallermayer sogar als die Regel, an der sich, ungeachtet des ständig zunehmenden Austauschs von Medienprodukten, bis in die Gegenwart nichts verändert habe. Für die Autorin ergibt sich daraus die Frage, ob das Medium Film, das bei Kindern und Jugendlichen häufig einen Beitrag zu deren Konstruktion von Welt leistet, nicht kontinuierlicher Gegenstand der schulischen Auseinandersetzung sein sollte.

Evi Hallermayer:

Filme analysieren – Kulturen verstehen. Über Akira Kurosawas "Yojimbo" und seine beiden Remakes "Per un pugno di dollari" und "Last man standing"
UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz 2008
548 Seiten, EUR 49,00 (D)

Call for Papers: Momentum010: Solidarität

Zum dritten Mal findet von 21.- 24.10. 2010 der Kongress Momentum statt. „Wie sieht eine solidarische Gesellschaft aus und wie ist diese zu erreichen?“ ist die zentrale Frage, der sich der Kongress widmet.

Im Themennetzwerk 1 geht es um Solidarische Wirtschaftspolitik (Umverteilung, transnationale Solidarität, Arbeitsverhältnisse), in Netzwerk 2 um das Thema „Solidarität organisieren“ (Zukunft der Gewerkschaften, Community Organizing, Demokratische Organisationen in Wirtschaft und Politik) und Netzwerk 3 widmet sich

dem Bereich „Solidarität und Gesellschaft“ (Zukunft des Wohlfahrtsstaates, Hegemonie in der Mediengesellschaft, Was ist Solidarität?).

Bewerbungen für die einzelnen Tracks sind bis spätestens 30. April 2010 an <anmeldung@momentum-kongress.org> zu richten. Die Bewerbung sollte neben dem Abstract auch Angaben zum gewünschten Track beinhalten. Die eingereichten Abstracts sollten einen inhaltlichen Überblick zum geplanten Kongressbeitrag beinhalten und rund 7.000 Zeichen (ca. zwei A4-Seiten) umfassen.

Alle Informationen zum Kongress finden sich unter: www.momentum-kongress.org.

Prekarisierung der Erwerbsarbeit: Problemlagen und politische Steuerung

Der Wiener Politologe Emmerich Tálos nimmt zu den beträchtlichen Veränderungen Stellung, denen die Erwerbsarbeit seit geraumer Zeit unterliegt und die meist mit Begriffen wie atypische und prekäre Beschäftigung gefasst werden. Hinsichtlich des politischen Umgangs mit den Risiken und allfälligen Chancen dieser Entwicklung ist – so die Ausgangsthese – die Einbeziehung aller drei Ebenen der politischen Steuerung gefordert: der gesamtstaatlichen Politik, der regionalen Gebietskörperschaften sowie der Tarifpartner.

Termin: 24. Februar 2010, 19.00 Uhr
Ort: AK-Bildungshaus Jägermayrhof, 4020 Linz, Römerstraße 98
Anmeldung: Tel. 0732 6906 5415; Mail: schietz.m@akooe.at

Schizophrenie in Bewegung

Nicht erst seit der aktuellen Weltwirtschaftskrise ändern sich die Lebensbedingungen rasant. Die Tagung des Ludwig Boltzmann Instituts für Sozialpsychiatrie soll dazu beitragen, die veränderten Lebensbedingungen für Menschen mit schizophrenen Psychosen besser zu verstehen sowie die Debatte über Klassifikation, das Verstehen von Krankheit und Gesundheit in der Psychiatrie weiterzuführen.

Termin: 24. - 26. Februar 2010
Ort: Universitätscampus im Alten AKH, 1090 Wien
Information/Anmeldung: <http://lubis.lbg.ac.at>. Teilnahmegebühr: EUR 240,00

Wandel – Zukunft – Chancen

Fachtagung anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Sozialplattform Oberösterreich. Es referieren Silvia Hofbauer (AK Wien), Stephan Schulmeister (WIFO), Emmerich Tálos (Universität Wien) sowie Clemens Sedmak (King's College, London). Abschließend Podiumsdiskussion zum Thema „Arbeitsmarkt der Zukunft, Zukunft der Sozialwirtschaft“.

Termin: 25. Februar 2010, 14.00 – 20.00 Uhr
Ort: Kongress-Saal der Arbeiterkammer OÖ, 4020 Linz, Volksgartenstraße 40
Anmeldung: Tel 0732 667594, Mail: office@sozialplattform.at

Feminismus heute

Die anlässlich des internationalen Frauentags abgehaltene Veranstaltung des VfQ (Gesellschaft für Frauen und Qualifikation) widmet sich dem Thema „Postfeminismus – Gemeinsam denken und reden“. Der Fachinput kommt von der Freiburger Philosophin und Theologin Andrea Günter.

Termin: 26. Februar 2010, 17.30 Uhr
Ort: Landgraf Hotel & Loft, Hauptstraße 12, 4040 Linz
Anmeldung: Tel. 0732 658759, Mail: veranstaltung@VFQ.at. Begrenzte TeilnehmerInnenzahl.

HIV und Menschenrechte

Die Vorarlberger AIDS-Gespräche 2010 behandeln das Thema „HIV/AIDS in Medizin und Pflege. Menschenrechte und HIV/AIDS“. Die Einhaltung der Menschenrechte stellt ein grundlegendes Element in der sozialen Arbeit dar, die HIV/AIDS-Problematik steht hier stellvertretend für alle anderen Bereiche.

Termin: 12. März 2010, 12.30 – 18.00 Uhr
Ort: Festspielhaus Bregenz, Saal Bodensee, SymphonikerInnenplatz 1, 6900 Bregenz
Anmeldung: info@connexia.at. Die Teilnahme ist kostenlos.

KONTRASTE

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.
Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:
Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes
Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:
10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:
KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel.: 0732/2468-7168
Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste
Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161
Fax DW 7172 Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:
Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Dr. Bettina Leibetseder,
Dr. Susanna Rothmayer, Mag. Angela
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht
auf Kürzung und Entscheidung über die Veröf-
fentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils
der 20. des Vormonats. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge können, müssen aber nicht
die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:
Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster
Dr. Brigitte Kepplinger

Lektorat; Satz:
Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:
Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Gratis Probeabo für drei Monate
Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:
Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453